

von Christus angenommen, ja weil sie schon auf Christus hin erschaffen wurde, trotz ihrer geschichtlichen Entartung durch die Erbsünde für die Gnade und für die Erlösung offen ist. Es liegt in dieser Lehre eine große göttliche Nüchternheit, die sich sowohl der echten wie der pervertierten Demut des sündigen Menschen entgegenstellt: Sie nimmt um der Verheißung und der Wirksamkeit des Erlösers willen die Sünde und Schwachheit des Menschen nicht so tragisch, als sei es dem Widersacher gelungen, die Schöpfung Gottes total zu entstellen. Das Sein des Menschen und der Menschheit als ganzer gründet nicht in der Sünde, sondern in dem Heilswillen des dreifaltigen Gottes. Der Geist Gottes waltet seit der Ausgießung zu Pfingsten in dieser ganzen Schöpfung, um über Maria und die Heiligen, besonders durch das priesterliche Amt der Kirche den mystischen Leib Christi aufzubauen, vorbereitend sogar schon außerhalb der Kirche. Die Köstlichkeit dieses Im-Heil-Seins der Menschheit zum Heil-Werden verkündet das Lehramt der Kirche auch in der Botschaft vom Königtum Mariens, verkündet es in eine Welt hinein, die infolge ihrer furchtbaren Seinsbedrohtheit und Seinsverzerrung durch säkulare Ideologien nach der Wahrheit über den Menschen verlangt, so wie Gott sie offenbart hat und wie Gott sie zu vollenden gedenkt. Das ist für diese Botschaft „der Sitz im Leben“ der Kirche.

So wie Christus durch den Willen Gottes dem ganzen Menschengeschlecht „als Familienoberhaupt geschenkt und gesetzt ist, mit dem die übrigen Menschen eine natürliche Gemeinschaft bilden sollen, um als seine Familienmitglieder oder Angehörige an seinen übernatürlichen Gütern teilzunehmen“ (Scheeben), so ist in Christus auch die Mutterschaft Mariens für den Menschen konstituiert. Als Mutter dieses gottmenschlichen Hauptes ist Maria die Mutter des mystischen Leibes Christi und umfaßt mit ihrer Liebe die ganze Menschheit, für die sie stellvertretend die Brautschaft mit dem Logos vollzogen hat.

Das Gebet um die Einigung der Völker durch die Anerkennung des Königtums Mariens führt also in die ursprüngliche Mitte der Heilsgeschichte und birgt zugleich ihre Zukunft. Es ist ein Zeugnis für die Wahrheit.

## Meldungen aus der katholischen Welt

*Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Denkschrift  
des Episkopats  
zur Frage der  
Rentenkonkubinate**

Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln, hat sich am 25. Februar 1955 in einem Schreiben zur

Frage der Rentenkonkubinate an Bundeskanzler Adenauer gewandt. Die Stellungnahme, die erst jetzt veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Mit großer Sorge verfolgt die Kirche die Entwicklung des Problems der sogenannten „Onkel-Ehen“, auch „Rentenkonkubinate“ genannt. Es ist schwer, klare Unterlagen über den zahlenmäßigen Umfang dieses Übelstandes zu gewinnen. Meldungen meiner Seelsorger berichten über Zunahmen solcher „Onkel-Ehen“ und über die Mißstände, die damit verbunden sind und die sich immer ungünstiger seelsorglich auswirken.

Nach Pressemeldungen, die natürlich nicht nachzukontrollieren sind, leben in der Bundesrepublik zur Zeit so-

gar weit über 100 000 Personen in einem solchen eheähnlichen Verhältnis; immer wieder wird als Grund angegeben, daß mit einer legalen Ehe der Fortfall von Renten- oder Pensionsansprüchen verbunden sei.

In letzter Zeit ist auch auf dem Lande eine Zunahme festzustellen. Weiten Kreisen der Bevölkerung wird durch die Rentenkonkubinate schweres Ärgernis gegeben. Die Auswirkungen auf die Nachkommenschaft erschweren das Problem. In Tausenden von Fällen sind aus diesen eheähnlichen Verbindungen bereits Kinder geboren, die somit als uneheliche Kinder aufwachsen.

Die Statistiken beweisen, daß Kinder aus derartigen Verbindungen besonders gefährdet sind. Mehr als ein Drittel aller straffällig gewordenen Minderjährigen und fast zwei Drittel aller in Fürsorgeerziehung befindlichen Jugendlichen stammen aus unvollständigen Familien, zum großen Teil aus derartigen „Onkel-Ehen“.

Die Pflicht, Lösungen und Auswege zu suchen, kann nicht mehr geleugnet werden.

Wenn auch nicht in allen Fällen einer sogenannten „Onkel-Ehe“ der Wunsch zur Eheschließung vorhanden ist, weil keine oder nur geringe innere Bindungen vorhanden sind, so dürften doch in den meisten Fällen materielle Erwägungen der Grund dafür sein, daß eine legale Ehe nicht geschlossen wird, weil nach geltendem Recht die Witwe bei einer bürgerlichen Eheschließung ihre Rentenansprüche verliert.

So sehr man die materielle Lebensauffassung, die hier durchzubrechen scheint, bedauern muß, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß viele dieser Leute sich in einer schweren Gewissensnot befinden.

Eine Übersicht über die Rechtslage lege ich meinem Schreiben bei.

Darf ich durch Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, an die Bundesregierung die dringende Bitte richten, durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen für baldige Abhilfe zu sorgen?

Es gibt mehrere Möglichkeiten:

Sicherlich würde die stärkste Wirkung eintreten, wenn eine wirklich entsprechende Abfindung bei Eingehen der neuen Ehe gezahlt würde. Rechtlich würde dies gut zu begründen sein.

Eine weitere Lösung würde darin zu sehen sein, daß die Rente nach dem Tode des zweiten Ehemannes wiederauflebt. Auch hierdurch würde in einer großen Anzahl von Fällen eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen sein.

Andere empfehlen, nach dem Eingehen einer neuen Ehe die Witwenrente weiterzuzahlen. Ob die Rente dabei in voller Höhe oder aber — dem Einkommen des zweiten Ehemannes entsprechend — gekürzt weitergezahlt werden soll, würde einer eingehenden Prüfung bedürfen. Hier wird man zwar entgegenhalten, daß man damit die materialistische Einstellung, die zur „Onkel-Ehe“ geführt habe, noch unterstützt und daß eine derartige Regelung unserer Auffassung von Ehe und Familie, wonach der Mann der Ernährer der Familie und ihr Versorger zu sein hat, widerspricht. Das mag häufig zutreffen. Aber andererseits würden grobe Mißstände auf sittlichem Gebiet beseitigt; Tausenden von Kindern bliebe es erspart, mit ansehen zu müssen, wie ihre Mutter mit einem fremden Manne, den sie als „Onkel“ anreden, zusammenlebt; Tausende von Kindern würden als eheliche Kinder aufwachsen statt als uneheliche.



Eine nennenswerte finanzielle Mehrbelastung des Staates würde, wenn eine der vorgeschlagenen Lösungen durchgeführt werden sollte, nicht eintreten; denn wenn die Witwen — aus materiellen Gründen — keine neue Ehe eingehen, sondern weiterhin im Konkubinat leben, würde diesen ohnehin ihre Rente weitergezahlt werden. Der verantwortungsbewusste Politiker wird diese Einstellung mißbilligen, muß aber mit ihr rechnen.

Indem ich Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, namens der deutschen Bischöfe um Unterstützung in dem vorgebrachten Anliegen bitte, bin ich mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr ergebenster

gez. Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln.

**Bischof Weskamm zu den Gotteslästerungen in der Sowjetzone**

Der Bischof von Berlin, Dr. Wilhelm Weskamm, hat am 19. Februar in einem Hirtenwort zu den Gotteslästerungen Stellung genommen, die bei Karnevalsveranstaltungen in der Sowjetzone vorgekommen sind. Das Hirtenwort ist das erste, das der Bischof von Berlin, der sich schon seit Monaten im Krankenhaus befindet, neuerdings an seine Diözesanen gerichtet hat. Es lautet: „In unserem Bistum sind in diesen Tagen in aller Öffentlichkeit schlimme Gotteslästerungen geschehen. Es scheint, daß jetzt bei uns kein Gesetz mehr da ist, welches die öffentliche Gotteslästerung bestraft und auch Gottes letzte Ehre wahrt, wie es dem letzten Bürger im Lande garantiert ist. Wir sind zwar äußerlich wehrlos gegenüber den Kräften, welche hinter dieser Gottlosigkeit stehen und sie fördern. Um so mehr soll unser Herr merken, daß bei jedem Wort der Lästerung, das sich gegen Ihn in unserem Lande erhebt, Seine Christen einen Schritt näher zu Ihm hintreten und Ihm das Wort der Treue sagen. In Brandenburg werden katholische und evangelische Christen am nächsten Sonntag (26. 2. 1956) sich unter dem Kreuz in ihren Kirchen zusammenfinden zur Sühne und zum Bekenntnis. Die Frage für uns ist, ob wir es bei den empörten Äußerungen, die uns überaus zahlreich erreicht haben, bewenden lassen, oder ob auch wir merken, daß wachsende Gottlosigkeit und Gotteslästerung nicht durch äußere Proteste, sondern nur durch größere Gläubigkeit und Treue gutgemacht werden können. Der Hirtenbrief [der deutschen Bischöfe zur Fastenzeit 1956; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 277] hat uns alle zur wahrhaftigen Buße in dieser Zeit aufgerufen. Laßt uns an dieses Ringen zwischen Gottlosigkeit und Glaube, zwischen Lästerung und Treue denken, wenn wir in dieser Woche den Herz-Jesu-Freitag im Passionsmonat halten. Ich habe die Last meiner langen Krankheitswochen, in denen Ihr so viel für mich gebetet habt, immer wieder dem Herrn unters Kreuz gelegt, damit ‚der Ring Seiner Getreuen‘ sich immer fester und immer bewußter um Ihn schließe bis in die letzte Gemeinde hinein. In diesem Sinne halte ich mit Euch zusammen den nächsten Herz-Jesu-Freitag.“

**Die Bischöfe an die katholischen Verbände**

Die Sorge vor den Gefahren des praktischen und dialektischen Materialismus, die die deutschen Bischöfe in ihrem gemeinsamen diesjährigen Fastenhirtenbrief zum Ausdruck brachten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 277 ff.) hat sie auch veranlaßt, in zwei weiteren Hir-

tenschreiben sich zusätzlich an den Klerus und an die katholischen Verbände zu wenden.

### *Der geistige Zustand*

Das „Wort an die Verbände“ ist eine väterliche Mahnung, die darauf abzielt, den Geist der Unterscheidung zu fördern, damit die Verbände die Gefährdungen überwinden, die unsere Zeit fortgesetzt an sie heranträgt. Die Gefahr des Säkularismus kann nur durch die Wahrheit des Glaubens gebannt werden, sagen die Bischöfe einleitend. Sie muß daher die Grundlage aller Schulungs- und Bildungsarbeit sein. Weg und Ziel müssen übereinstimmen mit der Lehr- und Denkweise der Kirche. Zur Sachkenntnis, die bei den Führungskräften unerlässlich ist, muß unbedingt ein tiefes religiöses Leben kommen. „Darum sind gerade für diese Personenkreise neben den regelmäßigen Fortbildungskursen auch Exerzitien und Einkehrtage dringend nötig.“

Wer sich auf das Wesentliche stützt, fahren die Bischöfe fort, wird in dieser Welt auffallen und Ärgernis erregen. Die Verbände werden Mut brauchen, das zu ertragen. Die Bischöfe warnen vor solchen, die zu jedem Kompromiß bereit sind, um — wie sie sagen — den Kontakt mit der Welt nicht zu verlieren. Das Programm muß ein klares „Nein“ zu jedem Zeitirrtum sein. Die große Müdigkeit, die man immer wieder unter vielen Mitgliedern unserer Organisationen feststellen kann, ihre Uniformität nach Haltung und Gesinnung mit den Nichtgläubigen, läßt sich nur durch eine intensiv betriebene öffentliche Meinungsbildung überwinden. Darum, so fordern die Bischöfe, „habt Mut zur kleinen Gruppe, zur Elite, zur Gemeinschaft der Verantwortungsbewußten; aber hütet euch gleichzeitig, die Massen zu verachten.“

Der Mut zum Alleinstehen bringt eine neue Gefahr mit sich, „die bewußte und stolze Absonderung, die überhebliche Unduldsamkeit gegenüber jenen, die anders denken als ihr“. Das gilt gegenüber den Mitgläubigen, gegenüber anderen katholischen Organisationen, „und ganz besonders jenen gegenüber, die noch ‚vor den Toren‘ stehen oder gar uns bekämpfen“.

### *Organisatorische Tätigkeit*

Die katholischen Organisationen sind keine neutralen Interessenverbände. Sie sind zu den Aufgaben berufen, die sich aus ihrem besonderen Charakter als Glieder des Leibes Christi gegenüber der Zeit ergeben. Spannungen mit anderen Organisationen und Institutionen müssen kein schlechtes Zeichen sein. Sie dürfen sich aber nicht zum Streit ausweiten. Die Gefahren aller Organisation, Machtsucht und Funktionärsunwesen, können auch die katholischen Verbände bedrohen. Daher fordern die Bischöfe zur Wachsamkeit und Selbstbescheidung auf. Die hauptamtlichen Mitarbeiter müssen von allen Aufgaben entlastet werden, die die einzelnen Vereine und Mitglieder selbst tun können. „Sonst züchtet ihr jene unselbständige Menschen, die nie selbst zugreifen wollen, sondern immer nach oben rufen.“ Zudem „ist es eine ständige Versuchung für unsere Verbände und Gruppen, aus propagandistischen Gründen und um möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, sich auf immer neue Bereiche auszuweiten“. Das sieht nach Erfolg aus, „in Wirklichkeit aber schwächt ihr eure wahre Kraft“. Betriebsamkeit ist noch nicht Leben. „Wir klagen heute alle über die Hetze und Überlastung durch die Zeit.“



Überprüft eure Terminkalender, ob ihr nicht manches streichen könnt zu euren eigenen Gunsten und zugunsten eurer Mitglieder. Habt Mut, euch Zeit zu lassen. Habt Mut zur schöpferischen Pause.“ Oft habe man den Eindruck, daß manche Tagung überflüssig sei, wenn besser geplant würde. Ähnliches gilt auch von rein gesellschaftlichen Veranstaltungen. Die Bischöfe regen aus allen diesen Gründen an, „daß die einzelnen Verbände und die Vereine derselben Pfarrei wenigstens einen Sonntag im Monat von allen Veranstaltungen für die Familie frei halten“.

### Apostolat

Das Apostolat soll bei allen Bemühungen den Vorrang haben. Es muß übernatürlich sein, auch dann, wenn es scheinbar mit Religion nichts zu tun hat. Anpassung an das Denken der Menschen kann geboten sein, wenn es gilt, an sie heranzukommen. „Doch darf daraus keine Gaukelei werden, keine Angleichung an die Methoden der Kinder dieser Welt. Wer im Apostolat die Menschen mit unredlichen Mitteln oder mit vordergründigen Dingen zu locken sucht, erniedrigt Gott, zweifelt an der Macht der Gnade und verachtet den Menschen.“

Zwei Gefahren bedrohen immer wieder die Apostolatsarbeit der katholischen Organisationen, „das starke Haft an althergebrachten Formen und das *unbesonnene* Übernehmen neuer, ungeprüfter Wege.“ Das Apostolat muß unserer Zeit und unseren Menschen angepaßt sein. „Wir wollen immer, daß die anderen sich uns anpassen, und wir denken viel zu wenig daran, daß wir uns einander anpassen müssen. Laßt darum eure äußeren Formen, die alten wie die neuen, nicht zum Hindernis eures Apostolates werden.“

Die  
heimatvertriebene  
Jugend und die  
Kirche in der neuen  
Heimat

Die Herder-Korrespondenz hat in den vergangenen Jahren gegenüber der schwindenden Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und des sozialen Gewissens immer wieder auf die Flücht-

lingsfrage hingewiesen (vgl. zuletzt 9. Jhg., S. 483, und ds. Jhg., S. 102). Wenn wir dabei feststellen mußten, daß die notwendigen soziologischen Analysen fast durchweg aus dem Ausland und von Nichtkatholiken stammen, so begrüßen wir es um so freudiger, wenn diese Regel durchbrochen wird. Die Ackermann-Gemeinde legte in ihrer „Schriftenreihe“, Heft 8, im vergangenen Jahr eine Studie von Pater Dr. Paulus Sladek OESA vor: „Vertriebene Jugend zwischen alter und neuer Heimat“ (München 1955, 32 S.), die den von uns behandelten Themenkreis ergänzt und weiterführt. Sie basiert auf der gründlichen Arbeit des früheren Prager Soziologen K. V. Müller: „Heimatvertriebene Jugend“ (Kitzingen 1954), und auf einer repräsentativen Umfrage der „Katholischen Arbeitsstellen für Heimatvertriebene“ Köln und München unter 1500 Heimatvertriebenen, wobei die Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren mit einem Anteil von 21% vertreten waren.

Ihren vollen Wert erhält diese Studie, wenn man sie in Vergleich setzt zu der Arbeit der beiden niederländischen Professoren De Vries Reilingh und Baschwitz: „Menschen ohne Heimat“ (in: „Social Compass“ Nr. 1, 1955; vgl. unsere ausführliche Darstellung, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 102). Diese Analyse der Bewußtseinslage der Flüchtlinge und Einheimischen im niedersächsischen Kreis

Fallingborstel ergab als Kernphänomen jene fast schizoide Haltung zwischen Affekt und Ratio, zwischen „Wir können doch nicht die Heimat aufgeben“ und „Es hat doch keinen Sinn, wir müssen hier bleiben und uns zurechtfinden“. Die nüchtern-distanzierte Darstellung des Was gab zwar positive Hinweise für eine gesellschaftliche Neuordnung, aber ohne im geringsten (anknüpfend oder zurückweisend) auf die festgestellte affektive Anhänglichkeit an die alte Heimat einzugehen. Die Studie von Pater Paulus, selbst eines Vertriebenen und erfahrenen Vertriebenenseelsorgers, ist weniger eine Analyse als eine (mit Tatsachen um Verständnis werbende) Verteidigungsschrift, deren bloße Existenz schon ihre bedauerliche Notwendigkeit beweist. Die Liebe zur alten Heimat und ihren Kulturgütern und Gemütswerten wird dabei nicht mehr im Gegensatz gesehen zum Hic et Nunc der gegenwärtigen Vertriebenensituation, sondern vielmehr als selbstverständliche Tatsache vorausgesetzt und als positiver Ansatzpunkt für eine soziale und geistige Neuordnung gewertet, den es nicht nur zu bewahren, sondern durch eine bewußte landsmannschaftliche Erziehung sogar noch zu fördern gilt. Das ist das Fazit dieser Arbeit, deren Grundzüge im folgenden dargestellt seien.

### Wirtschaftliche Eingliederung und soziale Aufstiegschancen für die Jugend

Auch Pater Sladek wendet sich eingangs gegen die weitverbreitete Auffassung, daß durch die Überwindung der schlimmsten Notlage der Vertriebenen die Flüchtlingsfrage in Westdeutschland im wesentlichen bereits gelöst sei. „Dieses optimistische Urteil, das ganz im marxistischen Sinn den ökonomischen Verhältnissen entscheidende Bedeutung für die Wiederbeheimatung der Vertriebenen zuschreibt, berücksichtigt aber nur jene Vertriebenen, die durch ihren Beruf, ihr besonderes Können, ihre günstige Wohnlage und den wirtschaftlichen Aufstieg Westdeutschlands wieder eine gute Position gewonnen haben.“ P. Sladek schätzt diese Gruppe auf ein gutes Drittel; dazu kommt ein weiteres Drittel: jene Vertriebenen, die ebenfalls noch befriedigende Arbeitsplätze und Unterkünfte gefunden haben. Dann bleibt noch immer ein „Elendshaufen von drei Millionen Menschen“, vor allem in den Notstandsbereichen Bayerns und Norddeutschlands.

Die Schrift zitiert eine vom Bundesfinanzministerium 1952 ausgearbeitete Schätzung, die einen annähernd auch heute noch gültigen und sehr ernüchternden Vergleich der wirtschaftlichen Situation zwischen Einheimischen und Vertriebenen ermöglicht. Danach betrug die durchschnittliche Lohnsteuer bei den unselbständigen Arbeitnehmern in dem genannten Jahr:

unter den Einheimischen jährlich 180.— DM  
unter den Vertriebenen jährlich 39.— DM

Die durchschnittliche Einkommensteuer der wirtschaftlich Selbständigen betrug entsprechend:

unter den Einheimischen jährlich 743.— DM  
unter den Vertriebenen jährlich 220.— DM

Mit den geringfügigen zusätzlichen Steuervorteilen der Vertriebenen sind diese Differenzen von 1 : 5 bzw. 1 : 3,4 selbstverständlich nicht mehr zu erklären. „Entscheidend aber als die rein finanzielle Betrachtung ist die psychologische Auswirkung des sozialen Absturzes der Vertriebenen, der sich in diesen Zahlen widerspiegelt.“ Die



Vorstellungen, Maßstäbe und Ziele würden noch immer von der früheren sozialen Stellung bestimmt, die fast immer wesentlich höher war.

In dieser Spannung ihrer Eltern steht auch die heimatvertriebene Jugend, deren Lebensplan durch den sozialen Absturz weithin zerstört wurde. Sie kann heute nicht mehr den elterlichen Bauernhof, das Geschäft oder die Werkstatt übernehmen, sondern ist vor einen neuen Anfang gestellt. Dieser wird ihnen nur durch den „unbändigen Willen“ der vertriebenen Familien erleichtert, der alle Kräfte darauf konzentriert, den Kindern durch eine gute Schul- und Berufsausbildung die Vorbereitung für den Neuaufstieg zu verschaffen. Daraus erklärt es sich, daß trotz der schlechteren wirtschaftlichen Position und der ungünstigeren Wohnsitze der Anteil der Jugendlichen in den Höheren Schulen ungefähr ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, in den Mittelschulen sogar 2% höher und nur in den Berufsschulen um 3%, den Berufsfachschulen um 2% und in den Hochschulen um 4% niedriger liegt. Durch Schulanalysen von K. V. Müller in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern konnte dabei festgestellt werden, daß die heimatvertriebene Jugend sowohl in der Begabung wie in der sozialen Tüchtigkeit in keiner Weise der einheimischen nachsteht.

Gleiche Ausbildung ist freilich nur eine Bedingung unter vielen für den sozialen Aufstieg. Wo sich aber — die Schrift zitiert damit einen entscheidenden Satz des Buches von K. V. Müller — „dem echten sozialen Wiederaufstiegsstreben schwer überwindliche Schranken eines Besitz-, Kredit- oder Erziehungsmonopols der *beati possidentes* entgegenstellen, droht es zu möglicherweise gefährlichen sozialpsychologischen Stauungen von Ressentiments und zu einer Erschütterung des bisher bestehenden Glaubens an Recht und Ordnung der Gesellschaft zu kommen“. Sladek fordert mit Müller einen „sozialen Chancenausgleich“, „wahrhaft freie Bahn für den wirklich Tüchtigen“. „Mit welcher Blindheit man freilich in Westdeutschland bisher an diesen Fragen vorübergegangen ist, beleuchtet das Schicksal des bäuerlichen Nachwuchses der Heimatvertriebenen, der zum größten Teil bereits dem Bauerntum verlorengegangen ist, ein Verlust, der sich angesichts der wachsenden Landflucht und des Ernährungsdefizits in Westeuropa noch einmal bitter rächen wird. Wir stehen vor einem außerordentlich ernstem Problem, das in seiner Bedeutung meist übersehen wird, weil es erst in Jahrzehnten zur Auswirkung kommen wird. Das griechische Beispiel — die Söhne der kleinasiatischen Umsiedler aus den Jahren 1922/26 stellten später das Hauptkontingent für den Bürgerkrieg — sollte zu denken geben.“

#### *Das Bewußtsein von der alten Heimat*

In Kleidung, Tätigkeit und sogar im Dialekt ist heute kaum mehr ein Unterschied zwischen heimatvertriebener und einheimischer Jugend festzustellen. Schon aus der jugendlichen Psychologie heraus will keiner als „Flüchtling“ und damit als Außenseiter gelten und assimiliert sich deshalb im ganzen Verhalten. Pater Sladek verneint aber die Frage, ob diese äußerliche Angleichung schon eine wirkliche Beheimatung in der neuen Umwelt bedeutet. Der äußerlichen Assimilation steht ein anderes Bewußtsein gegenüber, das mit dem Alter immer stärker durchbricht. Bei einer Befragung von Dr. Franz Lorenz im Jahr 1949 glaubten fast zwei Drittel der 16- bis 18jährigen, daß sie auch in der neuen Umwelt die gleiche berufliche Stellung erreichen könnten wie in der alten Heimat. Bei

den 19- bis 25jährigen kommt es zu einem scharfen Rückgang um 29%, der anscheinend schon von bitteren Erfahrungen diktiert ist.

Eine gewisse auch innere Aussöhnung mit dem neuen Milieu ist seitdem sicher eingetreten. In der eben genannten Umfrage von Lorenz unter der heimatvertriebenen Jugend (16—25 Jahre) in Süddeutschland im Jahr 1949 waren die Antworten auf die Frage, ob im Falle der Rückkehrmöglichkeit eine Rückkehr in die alte Heimat oder ein Verbleiben in der neuen vorgezogen würde:

61% für die Rückkehr,  
31% für ein Verbleiben,  
8% unentschieden.

In der neuen Umfrage der beiden Arbeitsstellen für Heimatvertriebene war das entsprechende Ergebnis in der gleichen Altersgruppe:

48% für ein Verbleiben,  
43% für die Rückkehr,  
9% unentschieden.

Etwa die Hälfte der Jugend hat sich also am derzeitigen Wohnort eingelebt und wohl auch befriedigende berufliche Möglichkeiten gefunden. „Trotzdem ist und bleibt die Hälfte der heimatvertriebenen Jugend noch in Bewegung und drängt anderswohin.“ Unter den Motiven für eine Rückkehr stehen an erster Stelle: schlechte Einkommensverhältnisse, mangelnde Lehrstellen und Fortbildungsmöglichkeiten, schlechte Wohnung und Wohnlage. Auch das Landschaftliche spielt eine Rolle; so möchten Ostpreußen wieder an die See, Sudetendeutsche wenigstens nach Bayern. Viele fühlen sich auch in der religiösen Diaspora nicht wohl.

Die Sehnsucht nach der alten Heimat hat auch eine negative Seite: „Viele heimatvertriebene Jugendliche wollen deswegen nichts mehr von ihrer alten Heimat wissen, weil sie sich dieser Heimat *schämen*.“ Die in Westdeutschland weitverbreitete Geringschätzung des „Ostens“ und der „Ostvölker“ hat unter der heimatvertriebenen Jugend gefährliche Minderwertigkeitskomplexe erweckt, die dadurch kompensiert werden, daß man die Herkunft verleugnen will, oder aber und oft gleichzeitig durch einen unterbewußten, besonders starken Zug nach der alten Heimat. Eine Reifung der Jugendlichen ist aber nur möglich durch ein neues Verhältnis zur Herkunftsheimat. Hier setzt Pater Sladeks eigentliches Anliegen ein: „Heimatvertriebene Jugendliche, welche auch diese Wurzel ihres eigenen Daseins vergessen wollten, gewinnen aber auf solche Weise noch nicht Verwurzelung und Standfestigkeit in der neuen Heimat, sondern bleiben wurzellos und werden nur zu leicht zu Schwemmsand, der im Laufe der Zeit auch der bodenständigen Jugend gefährlich werden müßte.“ Weil die meisten Eltern kaum die Fähigkeit hätten, das geistige Erbe der alten Heimat ihren Kindern bewußt weiterzugeben, und auch Schule und Jugendgruppen dabei versagten, müsse hier die *landsmannschaftliche* Erziehung einsetzen: „Landsmannschaftliche Erziehung unter den Vertriebenen muß die Geschichte der eigenen Vorfahren und der ostdeutschen Stämme sowohl als christliche wie als deutsche und europäische Leistung verstehen und das tausendjährige Schicksal der Vorfahren bis zum heutigen Tag als Meisterung einer Lebensaufgabe durch die Kraft dieser christlichen und abendländisch-deutschen Überlieferung begreifen.“



### Kirchliches Brauchtum der alten Heimat

Von den Heimatvertriebenen über 26 Jahren vermissen zwei Drittel das heimatliche Brauchtum im kirchlichen Raum: den sakramentalen Segen nach der heiligen Messe, die mitternächtliche Weihnachtsmette, die Schlesier das Transeamus zu Weihnachten, die Dreikönigskollende und Karwochenbräuche, die Sudetendeutschen das Stille Nacht, die Schubert- und Haydn-Messe, das Osterreiten. Ganz allgemein sei in der alten Heimat der Gottesdienst „inniger und gemühtiefer“ gewesen. Naturgemäß ist die Brauchtumsbildung der Jugendlichen geringer. Bei ihnen zeigt sich folgendes Bild:

- 45 % vermissen Brauchtum der Herkunftsheimat;
- 40 % vermissen nichts und sind mit der jetzigen Gottesdienstgestaltung zufrieden;
- 11 % finden brauchtumsmäßig keinen Unterschied zwischen alter und neuer Heimat.

Wenn man allerdings die phasenspezifische Pubertätshaltung mit in Betracht zieht, kommt Pater Sladek zu dem Ergebnis, daß auch bei der Jugend zwei Drittel noch „ein lebendiges Verhältnis zur Überlieferung der alten Heimat besitzen und diese Überlieferung wichtige Bauelemente ihres Charakters ausmacht“.

Insgesamt folgert der Verfasser: „Wahrscheinlich läßt sich bei einer Verpflanzung von Erwachsenen in eine neue religiös-kirchliche und nationale Umwelt kaum mehr eine echte Beheimatung, das heißt eine Verwurzelung, die bis in die Tiefen des Gemüts und des Unterbewußtseins hinabreicht, erhoffen. Das religiöse Absinken vieler Auswanderer und Emigranten liefert dafür den deutlichsten Beweis.“ Auch hier sollte mit allen Mitteln an die vorhandenen Erinnerungen und seelischen Bindungen der alten Heimat angeknüpft werden.

### Religiöses Leben in der neuen Heimat

Zu den Befürchtungen, die man aus diesem Sachverhalt erwarten müßte, steht die Wirklichkeit in einem erfreulichen Gegensatz. „Die meisten Vertriebenenseelsorger sind der Überzeugung, daß die Heimatvertriebenen im Vergleich zu früher in größerer Zahl zu Gottesdienst und Sakramentenempfang hinfinden.“ Das zeige sich besonders auch im Ansteigen der Priester- und Ordensberufe. Eine allgemeine Übersicht über die religiös-kirchliche Einstellung sollte in der Enquete der beiden Arbeitsstellen die Frage ergeben, ob die Heimatvertriebenen „regelmäßig den Sonntagsgottesdienst“ besuchen. Dabei antworteten mit Ja:

15—25 Jahre	80 %
26—45 Jahre	69 %
46—55 Jahre	79 %
über 55 Jahre	80 %
insgesamt	76 %

Die verhältnismäßig hohen Prozentzahlen begründet Pater Sladek damit, daß die Frage („regelmäßiger“ Besuch) wenig genau formuliert war und eine ziemlich weite Auslegung offenließ. Immerhin steht aber der Anteil von 80 % bei der Jugend im Einklang mit der EMNID-Umfrage von 1953, die für den Durchschnitt der katholischen Jugendlichen insgesamt ebenfalls einen Anteil von 80 % ergab von solchen, die im Lauf der letzten vier Wochen die Messe besucht hatten (53 % viermal und öfter, 8 % dreimal, der Rest ein- oder zweimal). Die landsmann-

schaftliche Gliederung der Heimatvertriebenen aller Altersstufen ergab folgende Zahlen:

Ermländer	81 %
Schlesier	80 %
Südostdeutsche	74 %
Sudetendeutsche	69 %

Ein erfreuliches Bild zeichnet die Motivanalyse. Fast die Hälfte der Befragten begründete den Gottesdienstbesuch mit innerer Überzeugung und sittlicher Verpflichtung (48 %), nur ein kleiner Teil mit Tradition (14 %).

### Pfarrei und Bund der katholischen Jugend

Wie steht es, über die religiöse Aktivität hinaus, mit der Beheimatung in der kirchlichen Gemeinschaft der neuen Heimat? Die Studie führt dazu zunächst aus, daß etwa zwei Drittel der Heimatvertriebenen in Orten unter 4000 Einwohnern leben (ein Anteil, der etwas hochgegriffen scheint, aber von uns nicht nachgeprüft werden kann) und dort keine höheren Schulen und nur wenige Lehrstellen zur Verfügung haben, so daß die Jugendlichen auf den Pendelverkehr oder auf notdürftige Unterbringung in der Stadt angewiesen sind. Dadurch „fühlen sie sich weder als Angehörige der Pfarrgemeinde am Wohnort ihrer Eltern, noch werden sie in den Städten kirchlich erfaßt“.

Die Umfragen ergaben auch zu diesem Thema genaueres Zahlenmaterial. Die Frage nach der persönlichen aktiven Teilnahme am kirchlich-religiösen Leben der Pfarrgemeinde der neuen Heimat (in Klammern der alten Heimat) wurde folgendermaßen beantwortet:

15—25 Jahre	Ja 40 % (34 %)	Teilweise 4 % (3 %)	Nein 54 % (62 %)
26—45 Jahre	Ja 28 % (51 %)	Teilweise 4 % (6 %)	Nein 68 % (43 %)
46—56 Jahre	Ja 26 % (51 %)	Teilweise 8 % (2 %)	Nein 66 % (41 %)
über 55 Jahre	Ja 27 % (61 %)	Teilweise 3 % (6 %)	Nein 70 % (33 %)
insgesamt	Ja 30 % (49 %)	Teilweise 5 % (6 %)	Nein 65 % (45 %)

Eine wesentlich größere Zahl war also in der alten Heimat aktiv am Pfarrleben beteiligt. Der Unterschied wird mit dem Alter immer größer, während die heute 15- bis 25jährigen am stärksten zur Pfarrgemeinschaft beitragen, auch stärker als in der alten Heimat. Das liegt zwar schon altersmäßig nahe, doch schreibt Pater Sladek es auch wesentlich der Jugendseelsorge und der Arbeit in den katholischen Jugendgruppen zu.

Von besonderer Wichtigkeit für die Seelsorge ist die Motivanalyse derjenigen, die sich *nicht* aktiv am religiös-kirchlichen Pfarrleben beteiligen (wiederum für die Gesamtheit aller Altersstufen):

- 30 % berufliche und außerberufliche Arbeitsüberlastung (einschließlich zahlreicher Jugendlicher!);
- 16 % fühlen sich fremd, noch nicht angesprochen und zur Mitarbeit aufgefordert;
- 13 % wohnen zu weit von der Pfarrkirche entfernt oder verweisen auf ihre Landpfarreien, wo es kein aktives Gemeindeleben gibt;
- 11 % sind religiös interesselos;
- 10 % sind zu alt oder krank;
- 7 % lehnen jede Bindung an Vereine ab;
- 1 % ist ausgesprochen ungläubig;
- 10 % ohne Begründung.

### Landsmannschaftliche katholische Jugendarbeit

Pater Sladek stellt fest, die gewaltige religiöse und gesellschaftsbildende Leistung der Vertriebenen, die gerade in der Diaspora zahlreiche neue Kirchengemeinden geformt



haben, sei bis heute kaum erkannt und noch nicht entsprechend gewürdigt. Dieser besonderen Leistung stehen aber die besonderen Gefahren der rund 700 000 heimatvertriebenen Jugendlichen gegenüber. Sie sind in ihrem Glauben viel gefährdeter als die durch Gesellschaft und Tradition gesichere bodenständige Jugend. Bei der Übersiedlung in die Stadt verlieren heimatvertriebene Jugendliche fast immer jegliche Verbindung zur Kirche. Ebenso sei die steigende Zahl von Mischehen in der Diaspora eine ernste Mahnung. „Nur die Bindung an eine kirchliche Jugendgemeinschaft, die ihnen einen Horizont öffnet, der weit über den eigenen Wohnort hinausgeht, und die ihnen religiös-kirchliche Erlebnisse vermittelt, die ihnen in dem altehrwürdigen, aber manchmal zur bloßen Form gewordenen überkommenen Christentum ihres Bauernhofes oder in der Diasporaeinsamkeit unzugänglich sind, vermag, menschlich geurteilt, dieser Gefährdung zu begegnen.“ Das sei ein „missionarisches Neuland von entscheidender Bedeutung“, das sich aller Erfahrung nach landsmannschaftlich am besten erschließen lasse. Der Verfasser bittet deshalb um Verständnis dafür, wenn sich aktive heimatvertriebene Jugendliche statt im Bund der katholischen Jugend in den landsmannschaftlichen Verbänden betätigen. „Wo sollen die jugendlichen Apostel für die abseitsstehende heimatvertriebene Jugend herkommen, wenn nicht zuerst aus den bewußt katholischen Familien der eigenen Volksgruppe?“

#### *Acht Millionen in Landsmannschaften*

Die außerordentlich hohen Mitgliederzahlen der landsmannschaftlichen Verbände geben Pater Sladek in seinem Anliegen, die Kirche möge sich in stärkerem Maß der seelsorglichen Arbeit und speziell der Jugendarbeit auf landsmannschaftlicher Basis zuwenden, zweifellos recht. Nach einer UP-Meldung vom 7. Februar 1956 zählen die Landsmannschaften in der Bundesrepublik gegenwärtig an Mitgliedern:

Schlesier	2 090 000
Ost- und Westpreußen, Danziger	1 904 000
Sudetendeutsche	1 848 000
Pommern und Ostbrandenburger	1 103 000
Volksdeutsche aus dem Osten und Südosten	1 044 000

Die Teilverbände sind in dem „Verband der Landsmannschaften“ (VdL) mit insgesamt 7 989 000 Mitgliedern zusammengeschlossen.

**Billige Bücher für die Jugend — eine kritische Auswahl** Die billigen Taschenbuchreihen (vor sechs Jahren durch ro-ro-ro begonnen) haben sich den deutschen Markt im Sturm erobert und bringen Monat für Monat eine Unzahl neuer Titel, die überall greifbar und für jeden erschwinglich sind. Diese Entwicklung ist für die halbwüchsige Jugend nicht ohne Probleme. Die Eltern und Erzieher stehen täglich vor der Frage, welche dieser zahlreichen Bücher sie unbesorgt den Jugendlichen in die Hand geben dürfen; aber es fehlen ihnen der Überblick und meist auch die Kenntnisse und Maßstäbe für die modernen Autoren, die einen großen Teil der Buchreihen ausmachen. Ein Arbeitskreis von Pädagogen des Bundes Neudeutschland (unter Leitung von Dr. Franz Mahr, Leiter des Bischöflichen Knabenseminars in Aschaffenburg) hat es unternommen, diesem Mangel abzuhelpen und brauchbare Kurzverzeichnisse empfehlenswerter billiger Bücher

zusammenzustellen: eine Art „Buchdienst“ in Parallele zum katholischen „Filmdienst“. Diese Verzeichnisse sichten folgende Buchreihen:

Berckers kleine Volksbibliothek, je Band —.30 DM  
 Bertelsmann, Das kleine Buch, je Band 2.20 DM  
 Fischer-Bücherei, je Band 1.90 DM  
 Forum, je Band 1.90 DM  
 Insel-Bücherei, je Band 1.20/2.— DM  
 Piper-Bücherei, je Band 2.— DM  
 ro-ro-ro-Taschenbücher, je Band 1.50 DM  
 Ullstein-Taschenbücher, je Band 1.90 DM

Das erste dieser Verzeichnisse „Bücher für Dich“ ist soeben erschienen und gibt in Stichworten eine Inhaltsangabe von 52 für die Jugend empfehlenswerten Büchern, und zwar unterteilt für vier Altersstufen zwischen 16 und 20 Jahren. In Zukunft soll etwa alle drei Monate eine neue Liste folgen. „Bücher für Dich“ ist zum Stückpreis von 5 Pfennigen beim Bundesamt Neudeutschland, Köln, Gabelsbergerstraße 19, zu beziehen. Diesem „Buchdienst“ ist eine weitestmögliche Verbreitung zu wünschen; er vermag auf die Dauer und bei weiterem Ausbau (man denkt beispielsweise an die Berücksichtigung der List-Bücher und der neueren Nummern von Reclams Universal-Bibliothek) eine ebenso bedeutsame Aufgabe zu erfüllen wie der zu Rang und Einfluß gelangte „Filmdienst“.

**Christliche Moral im Geschäftsleben** Der Bischof von Basel und Lugano, Franz von Streng, entwickelt in seinem diesjährigen Fastenhirtenbrief „Der Christ im Handelsleben“ die Grundzüge einer christlichen Geschäftsmoral, die auf Grund ihrer Klarheit, Offenheit, ihrer konkreten Hinweise und Entscheidungen für alle Katholiken von hohem Interesse sind. Wir geben das Hirtenschreiben im Auszug wieder.

Bischof von Streng stellt zunächst fest, daß die Entwicklung der Industrie den Menschen in ein Rennen und Jagen hineingetrieben hat, das auf dem Gebiet des Handels besonders beängstigend geworden ist und weithin das religiöse Dasein bedroht. Dann fährt er fort:

„Das siebte Gebot gewinnt eine neue, ganz eigene Bedeutung. ‚Du sollst nicht stehlen‘, heißt nicht nur: ‚Du sollst den Mitmenschen nicht im geheimen betrügen oder offen berauben‘, sondern auch: ‚Du sollst seine Kaufkraft nicht zur Sättigung deiner Geldgier ausnützen, du sollst ihm nicht durch illoyales Verhalten den Weg zum wirtschaftlichen Erfolg versperren, du sollst ihn durch dein Geschäftsgebahren nicht in überstürzte Betriebsrast hineinetzen.‘ Gar zu leicht nimmt man es oft in der Gewissensforschung über das siebte Gebot, während man in anderen Geboten mit peinlicher Ängstlichkeit vorgeht. Zur inneren Gerechtigkeit genügt es wahrhaftig nicht, sich nur von Verfehlungen frei zu wissen, die durch das Strafgesetz geahndet werden . . .

Auch die christliche Liebe weist dem Menschen den Weg zu einem korrekten und einwandfreien Benehmen im Handel . . . Die Liebe stärkt das Empfinden für alles, was Gerechtigkeit irgendwie verletzen oder stören könnte. Keiner ist für sich allein da; wir sind alle füreinander da, auch im Geschäftsleben . . .

Die Frage nach dem sittlichen Verhalten im Handel geht nicht nur den Kaufmann an, sondern jedes Glied der modernen Gesellschaft. Sie betrifft nicht nur die Inhaber von



Groß- und Kleinhandelsgeschäften, sondern auch alle Angestellten dieser Betriebe, und darüber hinaus alle, die sich irgendwie auf dem Wirtschaftsmarkt bewegen, Produzenten und Konsumenten.“

### *Was ist Aufgabe des Handels?*

„In vielen Kreisen betrachtet man heute noch den Kaufmann als einen habgierigen Spekulanten, der es versteht, eine möglichst hohe Gewinnspanne auf Kosten von Produzenten und Konsumenten in seine eigene Tasche zu lenken. Man glaubt, daß der Handel das geeignete Gewerbe sei für Leute, die nicht arbeiten wollen . . .

In Wirklichkeit aber stellt der Handel einen unentbehrlichen Faktor in der stets wachsenden Aufteilung und Verzweigung der Wirtschaft dar. Der Handel besorgt die Verteilung der produzierten Güter. Das ist seine erste Aufgabe. Die zweite aber ist dieser nicht nachzustellen, nämlich die Produktion in der Weise zu orientieren, daß sie das Ziel der Wirtschaft erreicht, Bedarfsdeckung der Gesellschaftsglieder zu sein, d. h. einem jeden jene Güter zur Verfügung zu stellen, deren er zu einem menschenwürdigen Dasein bedarf . . .“

### *Pflichten des Kaufmanns gegenüber dem Kunden*

Aus der Wesensaufgabe des Handels erwachsen dem Kaufmann vier verschiedene Pflichtenkreise: gegenüber dem Kunden, gegenüber der Konkurrenz, gegenüber dem Lieferanten bzw. Produzenten, gegenüber dem Staat.

„Die Pflicht gegenüber dem Kunden ist die vordringlichste von allen. Sie erfüllt den ersten Wesenszweck des Handels, nämlich: entsprechend der freien Konsumwahl der Gesellschaftsglieder die Verteilung der Güter zu besorgen. Der Kaufmann ist Diener am Konsumenten unmittelbar im Detailhandel, mittelbar im Großhandel . . .“

Bischof von Streng kommt hier auf den Betrug zu sprechen, minderwertige Waren für gute Qualität auszugeben, es mit dem Abwiegen nicht so genau zu nehmen (zuungunsten des Käufers). Er verurteilt als Verbrechen, unsittliche Dinge zu verkaufen. Zum Thema Reklame heißt es dann weiter:

„Es scheint angezeigt zu sein, noch auf einen besonderen Mißbrauch hinzuweisen, der stets größere Ausmaße annimmt: Allzuleicht wird da und dort versucht, dem Konsumenten irgendeinen Gegenstand aufzudrängen. Gewiß muß der Kaufmann für seine Ware Reklame machen. Er muß also in gewissem Grade Bedarf wecken. Wie oft aber kehrt ein Käufer nach Hause und bedauert, eine Ausgabe gemacht zu haben, nur weil man ihm die Ware aufgeschwätzt hat. Der Verkäufer verfehlt sich gegen den Dienst am Kunden, wenn er ihn zu einem Kauf verlockt, der weit über seine wirtschaftliche Lage hinausgeht. Der Verkäufer kann natürlich vom Ansehen her oft nur sehr schwer oder überhaupt nicht entscheiden, ob ein Käufer über viel oder wenig Geld verfügt, da bei der heutigen Mode sehr oft die ärmste Dame in den üppigsten Kleidern erscheint. Jedoch beweist der Kunde beim Zahlen seine Kaufkraft. Wenn eine vornehm gekleidete Person nicht bar bezahlt, ist zu vermuten, daß es mit ihrem Reichtum nicht sehr weit her ist. Barzahlung ist darum für den Verkäufer ein Mittel, die Kaufkraft und auch die wirtschaftliche Klugheit seiner Kunden einzuschätzen.“ — Zur Frage der Ratenzahlung heißt es: „Um die Anschaffung von größeren Nutzgütern auch ärmeren und nicht so kapitalkräftigen Leuten zu ermöglichen, ist nun weithin

das System der Raten- oder Abschlagszahlung Sitte geworden. Die Nützlichkeit der Ratenzahlung sei durchaus nicht in Frage gestellt. Jedoch scheint es, daß man mit der aufgeblasenen Reklame der Teilzahlung oft den Kaufdrang ungebührlich schürt. Der Käufer und mit ihm sogar die Familie ist nachher zu empfindlichen und schädigenden Einschränkungen des normalen Haushaltes gezwungen. Gerade in der Empfehlung eines Gegenstandes kann ein Kaufmann sein christliches Feingefühl für den Mitmenschen unter Beweis stellen, indem er aus eigener sittlicher Haltung heraus das Urteil fällt, was dem wahren menschlichen Bedarf dient und was nicht. Den Mitmenschen zu einem nichtigen oder für ihn verhängnisvollen Kauf verführen ist Sünde gegen das siebte Gebot und Mithilfe an Verschwendung, Genußsucht oder was immer es sei . . .“

### *Pflichten des Kaufmanns gegenüber der Konkurrenz*

„Der Grundsatz für das gegenseitige Verhalten der Kaufleute heißt: leben und leben lassen. Der Wettbewerb sollte kein Anlaß zu Ungerechtigkeiten und Rücksichtslosigkeiten sein, sondern vielmehr Gelegenheit bieten, einander in Loyalität zu achten. Nur so kommen Ruhe und Friede in das Geschäftsleben, das heute so aufgewühlt ist und die Menschen fast erdrückt . . .

Zu den Verstößen gegen die Loyalität gehört die leider sehr oft vorkommende Schleuderkonkurrenz, die bis zum Vernichtungswettbewerb geführt wird. Kapitalstarke Unternehmen sind wirtschaftlich in der Lage, einzelne Waren zu Schleuderpreisen abzugeben und so jede Konkurrenz brutal zu schlagen. Es soll damit nichts gegen die sogenannte Mischkalkulation gesagt werden. Es ist selbstverständlich, daß ein Geschäft einen allgemein gebrauchten und benötigten Artikel, wie zum Beispiel Arbeitskleider, zu einem etwas billigeren Preis abgibt und dafür den Preis einer für den täglichen Bedarf nicht so nötigen Ware etwas erhöht. Im Interesse einer loyalen Konkurrenz sind hier aber bestimmte Grenzen wünschbar. Die natürliche Grenze ist der Einkaufspreis. Um des Wettbewerbs willen — also nicht aus berechtigten Liquidationsgründen, sondern einzig aus dem Bestreben, den Konkurrenten zu schlagen — Waren unter dem Einkaufspreis zu verkaufen, verrät eine unloyale Haltung eines Kaufmanns und ist sittlich nicht mehr vertretbar.

Eine ebenso unfaire Handlungsweise ist es, wenn ein Filialgeschäft in einer Stadt aus reinen Konkurrenzgründen den Verkaufspreis unter den ortsüblichen Preis setzt, während es an anderen Plätzen einen normalen Preis einhält. Ein kapitalkräftiger Betrieb ist in der Lage, wirtschaftlich den verhältnismäßig geringen Verlust der einen Filiale leicht durch die anderen Filialen auszugleichen. Das heißt aber wirtschaftliche Macht in sehr brutaler Weise gebrauchen . . .

Der mittelständische Betrieb seinerseits muß sich aber ebenfalls unfairer Handlungsweisen enthalten. Da in solchen Betrieben der Besitzer meist selbst den Verkauf mit-tätigt, liegt die Versuchung nahe, bestimmten Kunden im geheimen Rabatt zu gewähren. Öffentlich angezeigte Rabatte sind selbstverständlich in der Ordnung. Dagegen wäre es unloyal und unwahr, wollte man durch geheime Rabattabsprachen Kunden erhalten und anwerben, während man nach außen andere Preise anschreibt . . .“

Mit ein paar grundsätzlichen Bemerkungen behandelt dann der Bischof das Mittelstandsproblem. „Großsein ist



noch keine Sünde, Kleinsein noch keine Tugend. Es wäre Unrecht, den Großbetrieb deswegen, weil er kapitalkräftig ist, als eine sozial gefährliche Unternehmung zu bezeichnen. Jeden Kleinbetrieb gegen alle nüchternen wirtschaftlichen Überlegungen verteidigen zu wollen wäre ein Unding. Andererseits können wir sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus sozialen Gründen auf den mittelständischen Betrieb nicht verzichten. Darüber sind sich selbst die Großbetriebe im klaren. Die christliche Soziallehre hat nun von alters her die berufsständische Ordnung zur Regelung der Wirtschaft empfohlen. Sollte es darum nicht möglich sein, auf Grund berufsständisch bindender Übereinkunft die Konkurrenz in solche Bahnen zu lenken, daß mittelständischen Betrieben die Aufnahme der Konkurrenz grundsätzlich noch möglich bleibt? Unter anderem kann man selbst daran denken, daß die Großbetriebe ihrerseits den mittelständischen Betrieben in der Rationalisierung des Betriebes gewisse Hilfsdienste leisten. Tatsächlich sind gewisse Großbetriebe bei uns in der Schweiz und vor allem anderwärts mit diesem guten Beispiel bereits vorgegangen . . .“

#### *Pflichten des Kaufmanns gegenüber dem Lieferanten (Produzenten)*

„Wer sich an einem Komplott gegen einen Lieferanten beteiligt, macht sich des Boykotts schuldig, der bereits durch das Strafgesetz verfolgt wird. Indes ist ein solcher Boykott meistens rechtlich schwer faßbar, weil er in einer geheimen, nicht einmal ausdrücklich vollzogenen Ächtung irgendeines Lieferanten besteht. Gewiß ist es jedem Kaufmann freigestellt, die Firmen zu wählen, von denen er seine Ware bezieht. Verwerflich aber ist es, wenn mehrere Handelsgeschäfte in stiller Übereinkunft einen Lieferanten aussperren, nur weil er einem andern, unliebsamen Handelsgeschäft die Waren liefert. Ein Christ wird sich auf solche gemeinsame Absprachen aus innerer sittlicher Haltung nicht einlassen.“

Sehr warme Worte findet dann Bischof von Streng für die Bauern, die oft von einem gewissenlosen Zwischenhandel um den Ertrag ihrer Arbeit gebracht werden.

#### *Pflichten des Kaufmanns gegenüber dem Staat*

„Es ist selbstverständlich, daß der christliche Kaufmann mehr als der Heide aus innerstem Gewissen die gesetzlichen Vorschriften erfüllt. Wo Preisvorschriften oder Richtpreise erlassen sind, sind sie um des Gemeinwohles willen verbindlich. Ebenfalls gehört es zu den Gewissenspflichten, die Steuern für die geschäftlichen Operationen zu entrichten. Gerade jene Geschäfte, die in der Lage sind, ihren realen Umsatz nach außen zu vertuschen, haben hier eine besondere Pflicht zur Ehrlichkeit, weil sie mit Steuerhintergehung nicht nur den Staat, sondern auch die anderen Kaufleute schädigen; denn im Grunde bedeutet dies auch eine unloyale Konkurrenz. Wir Christen dürfen der immer bedrohlicher werdenden Tendenz, die Steuermoral zu senken, nicht folgen . . .“

#### *An die Konsumenten*

In einem „letzten Wort an die Konsumenten“ kommt Bischof von Streng auf die Verantwortung jedes einzelnen im Bereich der Wirtschaft zu sprechen. Wie in dieser Zeitschrift schon darauf hingewiesen wurde (ds. Jhg., S. 230), geht es hierbei um die Frage, wie heute in der nivellierten Massengesellschaft die sogenannte „Eigengesetzlichkeit der

Wirtschaft“ gebrochen werden kann, die uns immer wieder unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Produktion „Lebensbedürfnisse“ suggeriert. Bischof von Streng sagt: Das kann nur so geschehen, daß jeder einzelne seinen Verbrauch nach den sittlichen Lebensnormen einrichtet. Die Enthaltbarkeit jedes einzelnen ist allein in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der Enthemmung der Persönlichkeit durch einen schrankenlosen Konsumverbrauch entgegenzuwirken. Die Ergebnisse dieses individuellen Verhaltens beschränken sich keineswegs auf die Einzelpersonlichkeit, sondern haben Auswirkungen für die ganze Gesellschaft. Hierin liegt die „ungeheure soziale Verantwortung“, die jeder einzelne zu tragen hat, wenn er kauft. Und Bischof von Streng fährt fort: „Es wäre eine billige Ausrede, wollte jemand erklären, es komme auf einen einzigen nicht an. So wie die politischen Entscheidungen von jedem einzelnen abhängen, so wird das wirtschaftliche Geschehen von einem jeden mitbestimmt. Bevor ihr darum euren Einkauf tätigt, überlegt, daß es nicht nur um euren persönlichen Geldbeutel geht, sondern ebenso um die Sozialwirtschaft im gesamten.“

Der Bischof ermahnt zur Treue zum angestammten Geschäft und zum Willen zur Bezahlung. „Der biedere Grundsatz, nach dem unsere Vorfahren gehandelt und zufrieden gelebt haben, behält seine Geltung auch heute noch: kaufe nur so viel, als du bar bezahlen kannst. Namentlich junge Eheleute werden mit Nutzen diese Weisheit beherzigen. Sie tun gut daran, sich nicht gleich zu Beginn ihres neuen Lebensstandes eine übergroße Schuldenlast aufzubürden. Barzahlung ist übrigens auch eine Pflicht der Gerechtigkeit dort, wo der Verkäufer für verspätetes Zahlen keine Zinsvergütung erhält. Wir denken da besonders an die Handwerker, die von den vielen kleinen Einnahmen leben müssen. Wer über längere Zeit hinweg die Beträge für seine Einkäufe oder Reparaturen einfach anschieben läßt und mit der Zahlung seiner Schuld zurückhält, schadet dem Geschäftsmann, denn auch dieser muß seine Ware rechtzeitig bezahlen . . .“

#### *Aus Rom, Süd- und Westeuropa*

**Ansprache an das Diplomatische Korps** Anlässlich seines 80. Geburtstags am 2. März schenkte das Diplomatische Korps beim Heiligen Stuhl Papst Pius XII. eine Sammlung von in den verschiedenen Ländern verfaßten Werken, deren Themen alle Bezug auf den Frieden haben. Auch die Ansprache, die der Heilige Vater bei dieser Gelegenheit an die Vertreter der beim Vatikan akkreditierten Nationen hielt, hatte den Frieden in der Welt zum Gegenstand. Sie richtete sich unmittelbar an den Doyen des Diplomatischen Korps, den französischen Botschafter Graf Vladimir Ormesson, der die Glückwünsche des Diplomatischen Korps ausgesprochen hatte, und lautete:

Herr Botschafter! Die edlen und herzlichen Worte, mit denen Eure Exzellenz die Gefühle Ihrer illustren Kollegen interpretiert hat, stellen für Uns eine besonders wertvolle Ehrung dar. Sie hat einmal mehr die respektvolle Aufmerksamkeit unterstrichen, die das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps so oft Unserer bescheidenen Person gegenüber bezeugt hat, und Wir nehmen mit Freuden diese Gelegenheit wahr, ihm Unsere ganze Dankbarkeit auszudrücken.



Sie haben, Herr Botschafter, an Unsere Bemühungen um den Frieden erinnern wollen. Er ist in der Tat eine Unserer beständigsten Sorgen, und seit dem Tag, der auf Unsere Erwählung zu dem schweren Amt des Obersten Hirten folgte, als Wir eine Rundfunkbotschaft an die ganze Welt richteten, bis zum gegenwärtigen Augenblick haben Wir nicht aufgehört, Unsere Gebete zum Himmel zu richten und Uns aller Mittel, über die Wir verfügen, zu bedienen, um die Menschen aller Tendenzen und aller Länder zu ermahnen, aufrichtig dieses geistige Gut zu suchen, nach dem die Einzelnen und die Völker seufzen.

Der Friede! Wer kann seinen Wert und seine Wohltaten beschreiben? Möchten Wir in der Welt einen lebendigeren Wunsch nach ihm geweckt haben, so daß die Einzelnen und die Gemeinschaften von jetzt an bereit wären, zu seiner Erhaltung, seinem Schutz und seiner Festigung tiefergehende und intimere Opfer zu bringen. Wie sehr wünschen Wir, daß der Druck der Weltmeinung die Widerstände und die unvernünftigen Versteifungen besiegt, überall die Notwendigkeit auferlegt, auch die schärfsten Gegensätze freundschaftlich zu lösen, daß sie dazu zwingt, Schiedssprüche und Kompromisse zuzulassen, dank denen so viele nicht wieder gut zu machende Übel vermieden werden könnten!

Man hört die Gegenwart häufig, nicht ohne Selbstgefälligkeit, als die Epoche der „zweiten technischen Revolution“ charakterisieren, und doch muß man, trotz dem Ausblick auf eine bessere Zukunft, den dieser Ausdruck zu enthalten scheint, die Fortdauer der Angst, der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit sowohl bei den bevorzugtesten Völkern wie in den unterentwickelten Gebieten feststellen. Die bitteren Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts könnten genügen, das zu erklären: waren die Verheißungen einer wirtschaftlich und technisch vollkommenen Welt nicht damals ebenso im Umlauf wie jetzt? Haben sie keine grausamen Enttäuschungen gezeugt? Die sozialen Umwälzungen, die die Anwendung der Wissenschaften in einem häufig zu materialistischen Geist nach sich gezogen hat, haben eine bestehende Ordnung gestürzt, ohne sie durch eine bessere und solidere zu ersetzen.

Die Kirche dagegen hat niemals die wahren Bedürfnisse der menschlichen Natur aus dem Blick verloren und hat sich die Aufgabe gestellt, die wahre Stabilität seiner Existenz zu erhalten. Sie weiß, daß das irdische Geschick des Menschen seine Sanktion und Erfüllung nur im Jenseits findet. Ohne die Eroberungen der Wissenschaft und der Technik irgendwie abzulehnen, stellt sie sie an ihren richtigen Platz und gibt ihnen ihren wahren Sinn: den, dem Menschen zu dienen, ohne das Gleichgewicht all der Beziehungen zu zerstören, die das Muster seines Lebens bilden: Familie, Eigentum, Beruf, Gemeinschaft, Staat.

Will man die Sicherheit und Stabilität des menschlichen Lebens nur auf das rein quantitative Anwachsen der materiellen Güter aufbauen, so heißt das vergessen, daß der Mensch zuerst ein nach Gottes Ebenbild geschaffener Geist ist, der für seine Taten und sein Schicksal verantwortlich und befähigt ist, sich selbst zu lenken und darin seine höchste Würde zu finden. Man hat recht, diese Freiheit gegen äußeren Zwang und gegen den Druck sozialer Systeme zu verteidigen, die sie lähmen und illusorisch machen. Aber eben der, der diesen Kampf führt, muß wissen, daß Wirtschaft und Technik so lange nützliche und selbst notwendige Kräfte sind, als sie den höheren geistigen Erfordernissen dienen; sie werden erst gefähr-

lich und schädlich, wenn man ihnen einen ungerechtfertigten Vorrang und gleichsam die Würde eines Selbstzwecks einräumt. Die Rolle der Kirche besteht darin, hier die Ordnung der Werte und die Unterordnung der Faktoren materiellen Fortschritts unter die eigentlich geistigen Elemente zu verteidigen.

Die Staaten, deren Politik sich an diesen Grundsätzen inspiriert, werden eine innere Festigkeit bewahren, an der sich der militante Materialismus brechen wird. Vergeblich wird er sich bemühen, ihnen einen trügerischen Frieden vorzuspiegeln, vergeblich behaupten, den Weg dazu in der Einrichtung wirtschaftlicher Beziehungen und im Austausch technischer Erfahrungen weisen zu können. Möchten die Völker, die diesen Weg beschreiten, es mit einer Vorsicht und Zurückhaltung tun, wie sie ihnen die dringende Sorge um eine geistige Ordnung eingeben muß, die sie zu erhalten haben! Möchten sie sich immer daran erinnern, daß man sie in eine Richtung drängt, die nicht von selbst zum wahren Frieden führt und führen kann! Formeln wie „nationale Einheit“ oder „sozialer Fortschritt“ dürfen nicht täuschen; für den militanten Materialismus stellt die Zeit des „Friedens“ nur einen Waffenstillstand dar, einen sehr prekären Waffenstillstand, während dessen er auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der anderen Völker wartet.

Darum appellieren Wir an alle die, die für die Menschheit Einigkeit und Eintracht wollen. Diese hochherzigen Seelen werden mit Gottes Hilfe von Tag zu Tag zahlreicher und stellen siegreich ihr Ideal des Lichts und der Liebe dem Irrtum und dem Bösen entgegen. Überzeugt, daß man nichts Festes auf Sand bauen kann, stützen sie sich auf die ewigen Wahrheiten, die auch die kategorischsten Leugnungen nicht erschüttern können. Denn was die menschliche Vernunft lange tastend gesucht hat, hat der Allmächtige in seiner Güte den Menschen in der Person seines vielgeliebten Sohnes offenbart: „Er ist unser Friede“ (Eph. 2, 14).

In seinem Namen und für den Frieden der ganzen Menschheit danken Wir Ihnen, meine Herren, nochmals, für die Ehrung, die Sie Uns zuteil haben werden lassen, und Wir flehen auf Sie selber und auf jedes der Länder, die Sie repräsentieren, einen reichen Strom göttlicher Gnaden herab. Als deren Unterpfand erteilen Wir Ihnen aus vollem Herzen Unseren väterlichen Apostolischen Segen.

**Pius XII. in der nichtkatholischen Presse**

Es ist wohlbekannt, daß es Papst Pius XII. gelungen ist, mehr als irgend-einem seiner Vorgänger, die Achtung vor dem Papsttum in der nichtkatholischen Welt auszubreiten, wenn diese Achtung auch vorwiegend seiner Person gilt. Wie weit sein moralischer Einfluß reicht, zeigten erneut die Würdigungen des Papstes anlässlich seines 80. Geburtstages, von denen wir hier eine kleine Auswahl geben.

Besonders anerkennend ist die Stimme von Hans Asmusen in „Die Welt“ (Nr. 54 vom 3. März). Darin heißt es in einem Aufsatz über „Papst Pius XII. — Geheimnis seiner Gestalt“, Eugenio Pacelli habe schon während des Ersten Weltkrieges einen großen Ruf als Politiker gehabt. „Die katholischen Brüder werden damals auch seine besonderen kirchlichen Qualitäten gesehen haben. Aber wir Außenstehenden — und wir waren es damals doch viel mehr als heute — lernten ihn zuerst als den großen Poli-



tiker kennen. So drang sein Name zu uns. Und schon das war eine bedeutende Sache. Für uns war doch alles, was Papst, Nuntius, Kardinal hieß, ein Mythos, und leider kein heilbringender. In unserer Erfahrung hat der Politiker Pacelli die ersten Steine aus dem Standbild dieses Mythos herausgebrochen, so daß es heute nicht mehr in seiner früheren Festigkeit dasteht. Ich finde, daß man den katholischen Brüdern dazu gratulieren kann und muß.“

### *Der Bann von Jahrhunderten gebrochen*

In den folgenden Jahren habe Eugenio Pacelli nicht abgesehen, die evangelische Aufmerksamkeit auf den Politiker zu ziehen, ohne daß man über seine Wirksamkeit stutzen mußte. „Und da doch die Papstidee uns besonders von der Katholischen Kirche trennt und in der Papstwirklichkeit der politisierende Papst uns in Erinnerung an vergangene Jahrhunderte Angstträume bereitet, haben wir besonders genau hingesehen und hingehört. Daß wir jetzt so sprechen können und der Wahrheit zuliebe so sprechen müssen, ist doch wohl ein großes historisches Ereignis! Wie selten geschieht es in der Geschichte der Menschen, daß der Bann von Jahrhunderten auch nur ein wenig gelockert wird! Papst Pius XII. ist es gelungen, diesen Bann von Jahrhunderten — und wie stark ist dieser Bann! — zu lockern. Denn das mythenhafte — oder vielleicht auch historische — Bild vom ‚politisierenden‘ Papst hat Pius XII. in aller Stille und nur durch die Gewalt der von ihm geschaffenen Tatsachen zerstört. Hätte er nicht mehr für Deutschland getan als dieses, dann wäre er wert, in unsere Geschichte einzugehen. Denn dieses Bild vom Papst, welches uns Evangelischen vorschwebt, trennt ja nicht nur ihn und uns, sondern auch die katholischen von den evangelischen Volksgenossen. Es ist nicht vorstellbar, wie ohne Papst Pius XII. die beiden deutschen Volksteile sich hätten so nahe kommen können . . .“

Asmussen schließt indessen mit dem Wunsch, daß nun die katholischen Brüder „in einer neuen Weise zu uns über das Papsttum reden“.

Der Berliner „Tagesspiegel“ (Nr. 3188 vom 2. März) schrieb: „Wohl selten ist den Zeitgenossen eines Papstes so sehr bewußt geworden, daß die Anforderungen, die das hohe Amt stellt, so ideal von einem Menschen erfüllt werden . . . Nicht entscheidend für eine solche Wertung ist seine geniale Begabung, sein Wissen, seine Weisheit, seine Weltoffenheit und die Geradheit seines Charakters. Das sind außerordentliche Beigaben, die sicher notwendig, aber im letzten nicht entscheidend sind. Als Bischof hat er Teil am Priesteramt Christi. Entscheidend für die Wertung ist allein, inwieweit er sich diese Teilhabe zu eigen gemacht hat, inwiefern er Jünger ist, der in der Hingabe für die Menschen seinem Meister folgt.“

In der „Süddeutschen Zeitung“ (Nr. 53 vom 2. März) lesen wir: „Wir würden es nicht absonderlich finden, wenn heute irgendeiner auf den Gedanken käme, von einer Epoche Pacelli zu reden. Nicht weil dieser Papst die Macht und die Herrlichkeit seiner schwergeprüften Kirche neu und sichtbar wieder aufgerichtet hätte, sondern darum, weil sein persönliches Schicksal auf eindringliche Weise mit den Vorgängen und Veränderungen dieses Zeitalters verwoben erscheint.“ Es wird sodann gezeigt, daß der Weg dieses Papstes von Anfang an ein Weg des Gehorsams war. Es umgäbe diese Gestalt ein Geheimnis, das zu durchdringen die Ehrfurcht verbietet. „Wir können nur ahnen, daß Eugenio Pacelli zu dem franziskanischen

Ideal seiner Jugend zurückkehrt und daß ihm vielleicht daran liegt, das Bild eines weltmännischen Diplomaten, eines hochpolitischen Papstes, als der er nicht in die Geschichte eingehen möchte, allmählich aus dem Bewußtsein der Menschen zu verdrängen, um darin Platz zu schaffen für das Vorbild eines heiligmäßigen Papstes. Manche glauben auch von einem Martyrium sprechen zu dürfen, das der Papst erdulde, indem er an der Unverbesserlichkeit jener Menschen leide, die allen Katastrophen und Prüfungen trotzen, ohne sich durch diese wandeln zu lassen.“

### *Das Geheimnis des Papstes*

Die von Theodor Heuss mitbegründete „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Nr. 52 vom 2. März) weist ebenfalls in einer größeren Würdigung auf das Geheimnis dieses Papstes hin: „Wohl alle, die in Pacelli nur den glänzenden Diplomaten, den sicheren und feinnervigen Rechtsgelehrten und den meisterhaften Lenker der päpstlichen Politik sahen, haben in ihm einen ‚aufgeklärten‘, ‚rationalistischen‘ Papst erwartet. Kein Bild wird aber falscher als dieses. Pius XII. wird im Gegenteil in die Geschichte eingehen als ein Papst, der dem Irrationalen, dem Geheimnisvollen sich ganz besonders weit geöffnet hat. Er hat die Geheimnisse seiner Kirche nicht blasser werden lassen, sondern er hat sie intensiviert, er hat auf nicht eines dieser Geheimnisse verzichtet, sondern hat sie vermehrt . . .“ Leider verfällt der Verfasser anlässlich der Christusvision auf den Irrtum von Prof. Benz und anderen, daß diese Vision die Einleitung neuer Dogmen und einer Heiligsprechung des Papstes bedeute, obwohl es doch bekannt sein dürfte, daß die Dogmen der Kirche nur auf der Heiligen Schrift und der apostolischen Überlieferung gründen können, nicht aber auf Privatoffenbarungen, und obwohl im Heiligsprechungsprozeß Visionen überhaupt keine Rolle spielen und Wunder nur, wenn sie nach dem Tode des Betreffenden geschehen!

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Nr. 53 vom 2. März) sagt in ihrer Leitglosse, Papst Pius XII. stehe vor uns „als eine jener schon zu ihren Lebzeiten ins Geschichtliche erhöhten Gestalten . . . In der Persönlichkeit Eugenio Pacellis ist eine Unterscheidung überwunden, die historisch oft Bedeutung hatte, diejenige zwischen dem ‚engelischen‘ und dem politischen Papst. Pius XII. ist beides in gleicher Weise.“

Schließlich lesen wir im „Sonntagsblatt“ von Landesbischof D. Lilje (Nr. 11 vom 11. März) in einer kurzen Porträtglosse am Schluß folgenden Absatz: „Die Geschichtsschreibung wird ihn einordnen in die Reihe der Leo I., Gregor I., Nikolaus I., Gregor VII., Innozenz III., Pius IX. — alles Päpste, die den Primat Roms, den rechtlich-institutionellen Charakter der katholischen Kirche und damit die Herrlichkeit der sichtbaren Kirche auf Erden gemehrt und gestärkt haben. Für uns Protestanten bedeutet dies, daß wir bei aller Hochachtung vor der durchgeistigten und asketisch geläuterten Persönlichkeit des Papstes zugleich doch immer das Andere, das Trennende an ihm empfinden. Ohne bewußten Affront gegen den Protestantismus, sondern als selbstverständlichen Ausdruck seiner persönlichen Haltung hat Pius XII. während seines ganzen Pontifikats gerade diejenigen Elemente der katholischen Lehre und Frömmigkeit betont, die uns als typisch ‚katholisch‘ erscheinen. Hierhin gehören die Steigerung des unfehlbaren kirchlichen Lehramts, das Zurücklenken zum Thomismus und vor allem



die Förderung der Marienverehrung; die das Herzstück seiner persönlichen Frömmigkeit bildet. Aber eben mit alledem erweist er sich als ein echter ‚Römer aus Rom‘ und darum als ein großer Papst.“

Eindrucksvoll ist der Dank, den die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ (Nr. 49 vom 9. März) ausspricht. Sie würdigt ausschließlich die Verdienste Pius' XII. um die Linderung der Verfolgung der Juden und erinnert an jene große Gold- und Juwelenspende des Papstes an die Gestapo zur Rettung der Juden Roms. Herausgehoben wird die Antrittsenzyklika *Summi Pontificatus* von 1939 gegen die Zerreißung der Einen Menschheit durch Rassenvergötzung und die Zerstörung der Menschenwürde durch die Staatsallmacht. Der Aufsatz schließt: „Kompromißlos kämpfte er für die Ehre der Heiligen Schrift und des Volkes, das mit dem Buch der Bücher unlösbar verbunden ist. Die Juden, die stets tiefe Dankbarkeit gegenüber denen hegen, die den Entrechteten und Schutzlosen ihr Herz zuwenden, neigen sich mit Menschen guten Willens aller Bekenntnisse heute vor der ehrfurchtgebietenden Gestalt im Vatikan.“

Aus den angelsächsischen Stimmen sei ein Wort der „Washington Post“ vom 2. März erwähnt: „Man kann wohl mit Recht sagen, daß kein anderer Papst seit der Reformation sich unter den Angehörigen anderer religiöser Gruppen solcher Beliebtheit erfreut hat. Dies wurde besonders offenbar, als Papst Pius XII. 1954 so schwer erkrankte. Das wohl bemerkenswerteste Phänomen seiner Amtszeit, die durch so zahlreiche äußere Schwierigkeiten charakterisiert ist, war die Verminderung jener historischen und ideologischen Gegensätze, die die Christenheit seit dem 16. Jahrhundert gespalten haben. Die Hoffnung und das Ziel, alle Menschen guten Willens, wenn nicht durch denselben Glauben, so doch durch das Band der Liebe zu verbinden, war schon in seiner Antrittsenzyklika dargelegt worden. Die historischen Verhältnisse haben Papst Pius XII. zu einem der bedeutendsten Sprecher des christlichen Gewissens und der christlichen Kultur in einer Epoche neuer Barbarei und des größten Terrors gemacht.“ Die „New York Times“ schrieb unter dem gleichen Datum: „Pius XII. hat in diesen 17 Jahren mit einer Erhabenheit und Großherzigkeit gewirkt, die die Kirche stark und ihn persönlich zum Vorbild alles dessen macht, was den katholischen Gläubigen heilig ist. Die schlichte Güte seines Wesens hat die Herzen aller Christen erwärmt, denn sie ist universal in ihrer Tiefe und Weite.“

**Der „Osservatore Romano“ zu den blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei in Süditalien**

Mehrmals hat in letzter Zeit die Polizei mit der Waffe Demonstrationen von Arbeitslosen in Süditalien auseinandergetrieben, wobei es Tote und Schwerverletzte unter der Menge gab. Am 13. Januar hatten sich ein paar tausend Arbeitslose in der süditalienischen Ortschaft Venosa auf dem Marktplatz versammelt, um Arbeit zu verlangen. Die Polizei schoß auf sie. Ähnliches ereignete sich in Foggia und Comiso. Drei Wochen später, Anfang Februar, wiederholte sich der Vorgang in dem Städtchen Andria nochmals. Dort verlangten 3000 Arbeitslose vor dem Bürgermeisteramt lärmend Arbeit und Unterstützung. Die Polizei verwandte Tränengasbomben und gebrauchte die Waffen. Das Elend der Bevölkerung Süditaliens ist allmählich bekannt geworden. Die Maßnahmen, die die Regierung zur Behebung dieses

Elends eingeleitet hat — Landverteilung, Straßenbau, technische Hilfe —, hat noch bei weitem nicht alle Gebiete erreicht. Dazu kommen jetzt noch die Folgen des ungewöhnlich harten Winters. Wo Arbeitslosigkeit herrscht, ist die Lage gewiß verzweifelt.

Während die liberale Presse in Italien durchweg das Vorgehen der Polizei ganz berechtigt fand, hat der „Osservatore Romano“ den Gebrauch der Schußwaffe gegen die ununterschiedene Masse von Demonstranten scharf verurteilt. Die Grundsätze, die er zur Beurteilung solcher Vorgänge aufstellte, sind von allgemeinem Interesse. Wir geben daher die wichtigsten Gedanken des Kommentars „Dopo i fatti di Venosa“ (Osservatore Romano, 16./17. 1. 1956) wieder.

Die blutigen Gewalttaten, schreibt das Blatt, wiederholen sich auf Grund von Irrtümern, die beiden Seiten, der der Demonstranten und der der öffentlichen Ordnung, gemeinsam sind. Es handelt sich dabei nicht darum, wer angefangen hat, sondern um die Gewaltanwendung als solche. Gewalt ändert nichts. Die Motive auf beiden Seiten bleiben bestehen, mit oder ohne Tote und Verwundete. „Gewalt ist daher immer unnötig, wahnsinnig, verbrecherisch.“

Der Gebrauch der Waffen von seiten der Polizei fällt bei diesen öffentlichen Konflikten unter die gleichen Gesetze wie in privaten Streitigkeiten: er ist nur bei berechtigter Notwehr zulässig, und sonst nicht. „Nicht einmal im Eifer der Verteidigung, welche mildernde Umstände das moderne Strafrecht auch immer wegen Suggestion, auf Grund verschiedener persönlicher Beeindruckbarkeit entsprechend der Psychologie und der Erregbarkeit des einzelnen annehmen mag.“

„Daß man zur Auflösung einer Ansammlung, eines Aufzugs, die die nötige Erlaubnis nicht eingeholt haben, so weit geht, Feuer auf die Ruhestörer zu eröffnen, scheint uns in einem modernen demokratischen Klima völlig unzulässig. Man gehorcht den Aufforderungen, den Pfiffen nicht? Und dann? Todesstrafe im Plural? . . . Zur Hütung der Vorschriften der öffentlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung kann man nicht die Sicherheit des Lebens und die menschliche Ordnung vergewaltigen.“

#### *Politische Erwägungen*

Der Artikel des „Osservatore Romano“ stellt dann folgende politische Erwägungen an: Alle Regime, alle Regierungen, alle Machthaber aller Zeiten und Sitten haben ohne Ausnahme mehr oder weniger unter solchen Unglücksfällen gelitten, die absoluten ebenso wie die liberalen, demokratischen, sozialistischen, volksdemokratischen. Wenn daher die Linke diese Geschehnisse zum Anlaß nimmt, aufs neue die Leidenschaften anzustacheln, soll sie daran denken, daß sie sich keineswegs ebenso aufgeregt hat über die Revolten in der deutschen Ostzone. „Gewiß, von den traurigen Ereignissen geht man rückwärts, wie von der Wirkung zur Ursache, zu den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die die Spannung, die Revolte, die Gewalttat hervorbringen. Aber das kann man auch und sollte man in einem Geist der nationalen Zusammenarbeit tun . . . Die Verantwortung tragen alle.“

Nach den Ereignissen von Venosa hat der Innenminister eine Untersuchung der Tatbestände angeordnet. Der Kommentar des „Osservatore Romano“ fragt nun, warum den damit betrauten Instanzen nicht eine Vertretung der Ar-



beiter oder ihrer Verbände beigegeben werde. „Oder, wenn man darin eine Beeinträchtigung der Staatsautorität sähe — und darüber ließe sich doch in einer Republik streiten, die sich auf die Arbeit gründet, deren rechtmäßige Vertretungen daher, wenn auch noch nicht an der Struktur des Staates, so doch an dessen Geist teilnehmen —, warum schafft man, bei so vielen dauernden parlamentarischen Kommissionen, nicht eine ‚ad hoc‘, die jedenfalls sehr nützlich wäre, auch wenn die Arbeitskonflikte nicht immer zu solchen Tragödien führen?“

Einige der führenden liberalen Zeitungen Italiens haben auf diese Ausführungen hin den „Osservatore Romano“ heftig angegriffen. So die römische Zeitung „Il Tempo“, die behauptet, bei solchen Ansichten könne der Vatikan sich nicht wundern, daß die „Öffnung nach links“ (über die der „Osservatore Romano“ sonst klage) bei so vielen Katholiken Anhang finde. Und das „Giornale d'Italia“ wirft der vatikanischen Zeitung vor, sie mische sich in inneritalienische Angelegenheiten (ein Vorwurf, der dem Vatikan sonst nur von kommunistischer Seite gemacht wird). Ja sie gehe selbst mit dem Kommunismus zusammen. In Wahrheit ist es die Sorge um soziale Gerechtigkeit, um derentwillen das vatikanische Blatt hier seine Stimme erhoben hat.

**Der Volksentscheid von Malta** Am 11. Februar 1956 hatte die Bevölkerung der Mittelmeerinsel Malta darüber abzustimmen, ob die britische Kronkolonie in eine autonome Provinz des „Vereinigten Königreiches von England und Schottland“ umgewandelt werden solle. Der Wunsch nach dem Plebiszit ging von maltesischer Seite aus, genauso wie zur gleichen Zeit das Verlangen der Malayen und der Vertreter der britischen Westindischen Inseln nach Unabhängigkeit ihrer Länder im Rahmen des Commonwealth. Im Gegensatz zu der beschlossenen Malayischen Föderation, die ihre Unabhängigkeit, wenn möglich, Ende August 1957 erhalten soll, und dem Ansinnen der Westindier nach einer Karibischen Föderation, die am 23. 2. 56 in London in ihren Grundzügen festgelegt wurde und jetzt in Bildung begriffen ist, stand für Malta nur der Weg zur Kronprovinz nach dem Vorbild Nordirlands (Ulster) offen, da die Insel in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein wird, sich selbst zu unterhalten.

Die Veränderung des staatsrechtlichen Status von Malta ist von den verschiedenen an dieser Angelegenheit interessierten Gruppen unter sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten projiziert worden. Für England stellt die Änderung einen Teil des Prozesses dar, der aus Untertanen der englischen Krone Verbündete machen will. Für die derzeitige Malteser Regierung bedeutet die Umwandlung und Überführung der Insel in den Status einer englischen Kronprovinz die Einlösung eines Versprechens, das sie der Bevölkerung anlässlich der letzten Wahlen im Frühjahr 1955 gemacht hatte, vor allem unter Hinweis darauf, daß Malta dann in den Besitz der Errungenschaften des englischen „Wohlfahrtsstaates“ gelangen würde. Auf Grund dessen war sie damals zur Macht gelangt.

Die Insel Malta umfaßt 316 qkm (mit den vorgelagerten Inseln) und zählt 320 000 Einwohner. Auf einen Quadratkilometer kommen also rund 1000 Menschen. Der Boden ist arm an natürlichen Schätzen, die Einfuhren übersteigen die Ausfuhren um das Zehnfache. Das Defizit der Handelsbilanz wird durch „unsichtbare Einnahmen“ gedeckt,

die England jährlich in Höhe von 5 Millionen Pfund in seinen Mittelmeerstützpunkt steckt und die natürlich indirekt der Bevölkerung zugute kommen. Das ist der Grund, weshalb der Lebensstandard der Malteser erheblich über dem aller anderen Mittelmeerländer liegt (nach Christopher Hollis, in „The Tablet“, 4. 2. 56, kommen in Malta pro Kopf mehr Autos als in England). Trotzdem ist die wirtschaftliche und politische Situation des Landes schwierig, was die Auswanderungszahl von 38 000 (zwischen 1946 und 1953) beweist. Da zudem der strategische Wert der Insel für die britische Flotte und die NATO keineswegs mehr so eindeutig feststeht, befürchten die Malteser die Gefahr der Isolierung, wenn die Engländer die Insel eines Tages aufgeben sollten.

Die Meinungen darüber, ob die Bindung des Landes an England die einzig mögliche sei, gehen natürlich auseinander. Die Tatsache, daß England hier mit einer nahezu einheitlich katholischen Bevölkerung (99 %) arabisch-normannisch-italienischer Herkunft (mit 75 % Analphabeten) eine engere Bindung eingehen soll, hat auch in London Stimmen laut werden lassen, die sich gegen eine „Integration“ Maltas aussprachen, da auf diese Weise ein Präzedenzfall geschaffen würde, der allen britischen Traditionen widerspräche. Die „Round-Table-Conference“, die im vergangenen Sommer in La Valetta tagte, kam daher zu dem Ergebnis, daß nur auf Grund einer „klaren und nicht zu verkennenden Mehrheit“ des Volkswillens die „Integration“ vorgenommen werden sollte, was zur Folge hätte, daß in Zukunft drei Malteser im britischen Unterhaus säßen, Malta von einem maltesischen Parlament und einer maltesischen Regierung geordnet und verwaltet würde (unter Ausschluß der Verteidigung und Außenpolitik), die ihrerseits nicht mehr vom Kolonial-, sondern vom britischen Innenministerium unterstützt würden. Steuern in der Höhe des Mutterlandes würden erst später erhoben werden, wenn der maltesische Lebensstandard dem im „Mutterland“ angeglichen sei.

#### *Kampf zwischen Staat und Kirche*

Soweit ist der Fall Malta eine rein politische Angelegenheit. Die innenpolitische Lage Maltas hat jedoch die „Integration“ erheblich kompliziert. Die politische Führung der Insel liegt heute in den Händen der maltesischen Labourpartei, die eng mit der Partei Hugh Gaitskells in London zusammenarbeitet. An ihrer Spitze steht der vierzigjährige Dominic Mintoff, der Ministerpräsident des Landes ist. Er hat seinerzeit das Wahlversprechen der „Integration“ gemacht und will es jetzt einlösen. Mintoff ist Katholik. Seine Freundschaft mit den Labours in London, besonders mit Aneurin Bevan und Kingsley Martin, dem Herausgeber des „New Statesman“, stempeln ihn in den Augen der Malteser Katholiken zu einem „Antiklerikalen“ und gefährlichen Neuerer. Die Gegnerschaft der Kirche gegen den von Mintoff ausgearbeiteten Integrationsplan bedeutet keine Ablehnung der „Integration“ schlechthin. Das hat der heute 71jährige Erzbischof von Malta, Michaele Gonzi, in einem Hirten Schreiben vom Februar dieses Jahres ausdrücklich erklärt. Die Kirche wünsche lediglich Sicherheit für ihre Rechte auf dem Gebiete des Glaubens, der Sitte, vor allem die Erhaltung der kirchlichen Ehe, durch Verankerung dieser Rechte in der neuen Verfassung. Unterstützung von der päpstlichen Staatssekretarie, hat Erzbischof Gonzi Mintoff ersucht, die Volksbefragung so lange aufzuschieben, bis der Kurie



und dem maltesischen Episkopat von der britischen Regierung schriftlich zugesichert sei, daß die „Integration“ an den Rechten der Kirche auf Malta — auch in aller Zukunft — nichts ändern würde. Entgegen diesem Wunsche hatte Mintoff nichts Eiligeres zu tun, als am 13. Dezember vergangenen Jahres, drei Tage vor Erscheinen des offiziellen Malta-Reports der „Round-Table-Conference“, den Volksentscheid für den 11. Februar anzusetzen. Erst nachdem die sozialistische Regierungspartei die Bitte des Erzbischofs in den Wind geschlagen hatte, ging dieser zur vollen Opposition gegen den Integrationsplan über.

Der Erzbischof forderte die Gläubigen auf, nicht zu wählen. In einer Radioansprache zwei Tage vor der Wahl legte er klar, daß die Stellung der Kirche nicht hinreichend gesichert sei, daß der Weg offenstehe für eine antikatholische Gesetzgebung bezüglich Eheschließung, Scheidung, Geburtenkontrolle und Kindererziehung. Er beschuldigte den Ministerpräsidenten, er habe der Kirche den Krieg erklärt, antiklerikale Gruppen erhoben sich und betrögen das Volk. Er sprach weiter von Verleumdungen und niedrigen Unterstellungen der Kirche gegenüber. „Viele aus unserem Volk und — wir sagen es voller Sorge — auch Mitglieder des Klerus haben das Problem nicht erkannt.“ Sie übersähen nicht die Folgen des Planes, die „Gefahren für Glaube und Sitte, die verringert oder vielleicht unter gewissen Bedingungen ausgeschaltet werden können“. Gegen seinen Vorschlag, die Volksabstimmung zurückzustellen, bis die erwünschten schriftlichen Garantien vorlägen, seien von der maltesischen Regierung Gründe vorgebracht worden, die niemanden überzeugen könnten. „Wer ist in der Lage, festzustellen, welche Form von Garantie sachgemäß und ausreichend ist? Die Regierung brachte uns um eine große Chance. Wir laden alle Verantwortung auf sie.“

Diese Sätze lassen zur Genüge erkennen, daß der Argwohn des Erzbischofs sich in erster Linie gegen die maltesische Labourpartei richtet, weniger gegen London. Nicht ganz sicher ist hingegen, ob Mintoff mit Absicht Erzbischof Gonzi in die Opposition trieb, um die Kirche von der Mitarbeit an der neuen Verfassung auszuschalten. Der Verdacht liegt nahe. Mintoff hätte dann erreicht, was er wollte — die Worte des Erzbischofs beweisen es: die Chance für eine maltesische Verfassung aus laizistisch-sozialistischem Geiste.

#### *Die Entscheidung der Malteser*

Der Volksentscheid der Malteser hat für keine der beiden Parteien das gewünschte Ergebnis gebracht. Von den 150 000 Wahlberechtigten sprachen sich 67 000 für und 20 000 gegen die „Integration“ aus. Mit anderen Worten: rund 40% der Wahlberechtigten blieben den Urnen fern. Für Mintoff schmilzt unter dieser Rücksicht die Dreiviertelmehrheit auf 45% zusammen. Der von London geforderte „eindeutige und klare“ Volksentscheid ist also ausgeblieben. Tatsächlich steht bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht fest, ob die „Integration“ endgültig beschlossene Sache ist. Die britische Regierung hat angesichts des unklaren Wahlausganges und in der Erkenntnis, daß nur ein Kompromiß zwischen den beiden Autoritäten Maltas die verfahrenere Lage klären könne, Erzbischof Gonzi und Mintoff zu Besprechungen nach London eingeladen.

#### *Die Meinungen der englischen Katholiken*

Die englischen Katholiken sind in ihrer Meinung gegenüber dem Konflikt zwischen Kirche und Staat in Malta

nicht einheitlich. „The Tablet“ (28. 1., 4. 2. und 11. 2.) wirft in mehreren Artikeln die Frage auf, ob der Weg, den Erzbischof Gonzi eingeschlagen hat, der richtige sei. Seine Forderung nach einer feierlichen Garantie der Rechte der Kirche auf Malta durch die britische Regierung sei insofern unbegründet, als sowohl Anthony Eden wie der Führer der Opposition, Gaitskell, mehrmals erklärt hatten, England denke nicht daran, im Falle einer „Integration“ die Stellung der Kirche auf Malta zu verändern. Malta habe, so fährt „The Tablet“ fort, seit 1802 unter englischer Herrschaft gelebt. Das Kolonialregiment habe alle Nachteile britischer Kolonialmethoden für die Insel zur Folge gehabt, aber niemand könne behaupten, der Kirche seien dadurch Nachteile erwachsen. Im Gegenteil. Genau wie im Irland des 19. Jahrhunderts sei England auf Malta des „Papstes Polizei“ gewesen. (Die englische Königin, das Oberhaupt der anglikanischen Kirche, ist für die streng katholischen Malteser immer „Beschützerin unseres heiligen Glaubens“ gewesen — „ein wahres Paradebeispiel des britischen Empirismus“ —, bemerkt die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 8. 2. 56.) Demgegenüber steht allerdings ein Ausspruch des englischen Kolonialministers Alan Lennox-Boyd, der besagt, daß die gegenwärtige britische Regierung ihre Nachfolger bezüglich der Zukunft Malts nicht binden könne, falls die Insel britische Kronprovinz würde (NCWC-News Service, 13. 2. 56). Erzbischof Gonzis Wunsch nach Garantien für alle Zukunft wird und kann nach Meinung des „Tablet“ die englische Regierung auch bei den bevorstehenden Besprechungen nicht nachkommen, weil damit im Konfliktfall jeweils ein Eingriff in die maltesischen Verfassungsrechte verbunden wäre, der London nicht zusteht.

Die entscheidende Frage ist freilich eine andere, wie Christopher Hollis und John Eppstein (beide in „The Tablet“, 28. 1. bzw. 4. 2. 56) dargelegt haben. Die Kirche in Malta steht an einem Wendepunkt. Bislang galten die Inseln als eine geschlossene katholische Einheit, auch in gesellschaftlicher Hinsicht. Diese gesellschaftliche Einheit ist aufgebrochen, wie das Abstimmungsergebnis vom 11. 2. beweist. Denn trotz des Widerstands der Kirche haben 45% der Einwohner, durchwegs die unteren Schichten, die Arbeiterklasse, dem Mintoffplan ihr Ja gegeben (der gleiche Prozentsatz übrigens, der im Februar 1955 der Labourpartei zur Macht verhalf). Das Ergebnis vom 11. 2. ist ein erneuter Ausdruck für die Verlagerung des politischen Schwergewichts auf Malta von den oberen Schichten zur organisierten Arbeiterschaft. Fast alle Befürworter des Mintoffplanes sind praktizierende Katholiken. Erhebt sich hier nicht wieder die Gefahr einer Trennung von Arbeiterwelt und Kirche, fragt J. Eppstein. Die zweite „offene“ Frage stellt Christopher Hollis, „ob ein Katholizismus in einer kleinen hundertprozentig katholischen Gemeinschaft gesünder ist als ein Katholizismus in einer umfassenderen Gesellschaft, wo Katholiken neben Nichtkatholiken leben“.

Demgegenüber hat Erzbischof Godfrey von Liverpool am 12. 2. festgestellt: „Es ist daran zu erinnern, daß die katholische Kirche immer das A und O des Lebens auf Malta gewesen ist. Die ‚Integration‘ ist eine Sache, die das maltesische Leben schwer erschüttern könnte. Sie könnte dem katholischen ‚way of life‘ außerordentlichen Schaden zufügen... Es ist Pflicht des Bischofs, seine Herde zu schützen. Ich war 15 Jahre Päpstlicher Delegat für Malta. Auf Grund meiner persönlichen Kenntnis des Erzbischofs



von Malta und seines Volkes bin ich überzeugt, daß die Aktion des Erzbischofs in der gegenwärtigen Krise allein einem Motiv entspringt, das alle anderen belanglos werden läßt: Glaube und Sitte der ihm anvertrauten Herde zu retten.“

#### Straffere Neugliederung des spanischen Episkopats

Der spanische Episkopat ist in folgender Weise koordiniert: In den zehn Kirchenprovinzen (Burgos, Granada, Oviedo, Santiago de Compostela, Zaragoza, Sevilla, Tarragona, Toledo, Valencia, Valladolid) treffen sich einmal im Jahr die Bischöfe der jeweiligen Suffraganbistümer, während die zehn Erzbischöfe und Kardinäle, die die Metropolitansitze innehaben, ebenfalls einmal jährlich, und zwar um die Jahreswende, zusammenkommen und die „Konferenz der Metropoliten“ bilden, das höchste Organ der spanischen Kirche (die ja in der Gesamtkirche bis heute noch gewisse Privilegien besitzt, so ein eigenes Tribunal der Rota an der Nuntiatur und den auf Spanien beschränkten mozarabischen Ritus). Daneben bestanden auch schon bisher neun Bischöfliche Kommissionen für einzelne gesamtspanische Sachfragen, deren Besetzung aber in den letzten Jahren durch mehrere Todesfälle und durch die Neuernennungen im Episkopat überholt war.

Auf ihrer letzten Sitzung zur Jahreswende 1955/56 beschloß die Konferenz der spanischen Metropoliten eine umfassende Neugliederung ihrer Zusammenarbeit. Die wichtigste Neuerung ist die Gründung eines „Sekretariats des Episkopats“, die dem 51jährigen Bischof Vicente *Enrique Tarancón* anvertraut wurde. Der neue Sekretär des spanischen Episkopats ist Bischof von Solsona (seit 1945) und bisher durch die intensive Förderung der Katholischen Aktion und durch vielbeachtete Hirtenschreiben zur religiösen Formung und zur priesterlichen Ausbildung hervorgetreten. Die „Ecclesia“ (Madrid, 28. Januar 1956) schreibt zu der Neugründung: „Die neue Einrichtung steht in unmittelbarer Abhängigkeit zur Ständigen Kommission der Metropoliten [siehe unten] und will den verschiedenen gemeinsamen Arbeiten Einheit und Wirksamkeit verleihen, die unsere Hierarchie in verschiedenen Bereichen und in wachsendem Ausmaß in Angriff nimmt. Probleme wie das Unterrichtswesen, die einheitliche Seminarbildung, die Betreuung der Auswanderer, die Mithilfe bei der gesetzgebenden Arbeit, die hispano-amerikanische Priesterkooperation und viele andere verlangen mit Nachdruck nach einer kollektiven Wirksamkeit.“

Für die intensive Bearbeitung dieser einzelnen Anliegen wurden durch den Beschluß der Metropolitenkonferenz die neun Bischöflichen Kommissionen reorganisiert, wobei sich die Umbildung sowohl auf die Zusammensetzung der Mitglieder wie in drei Fällen (Nr. 2, 3, 6) auch auf den Vorsitz bezieht. Die spanischen Bischöflichen Kommissionen und ihre Zusammensetzung sind nach dem neuen Stand:

1. Ständige Kommission der Metropoliten. Leitung: Kardinalprimas *Enrique Pla y Deniel*, Erzbischof von Toledo. Beisitzer: Erzbischof *José García Goldárez* von Valladolid. Sekretär: Erzbischof *Casimiro Morcillo González* von Zaragoza.
2. Kommission der Seminarien. Leitung: Erzbischof *Marcelino Olaechea Loizaga* von Valencia. Beisitzer: die Bischöfe *Gúrpidé* (Sigüenza) und *Zarranz* (Plasencia) und der Weihbischof *Argaya* (Valencia).

3. Kommission für das Unterrichtswesen. Leitung: Erzbischof *José María Bueno Monreal*, Apostolischer Administrator von Sevilla. Beisitzer: die Bischöfe *Barbado* (Salamanca), *Cantero* (Huelva) und *Bascañana* (Ciudad Rodrigo).

4. Kommission für wirtschaftliche und rechtliche Angelegenheiten. Leitung: Erzbischof *Luciano Pérez Platero* von Burgos. Beisitzer: die Bischöfe *Font Andréu* (San Sebastián), *del Pino* (Lérida) und *Temiño* (Orense).

5. Kommission für die Reinheit der Lehre und für die Sittlichkeit. Leitung: Erzbischof *Luis Alonso Muñozerro*, Generalvikar der spanischen Streitkräfte. Beisitzer: der Bischof *Vega* (Mondoñedo), der Titularbischof *Vizcarra* (Kath. Aktion), der Weihbischof *García Lahiguera* (Madrid) und der Prior *nullius Hervás* (Militärorden).

6. Kommission für soziale Fragen. Leitung: Erzbischof *Rafael García y García de Castro* von Granada. Beisitzer: die Bischöfe *Reigada* (Córdoba), *Enrique Tarancón* (Solsona, vgl. oben), *Herrera* (Málaga) und *Romero* (Jaén).

7. Kommission für Wanderungsfragen. Leitung: *Benjamín Kardinal de Arriba y Castro*, Erzbischof von Tarragona. Beisitzer: die Bischöfe *López Ortiz* (Túy) und *Souto* (Palencia).

8. Kommission für hispano-amerikanische Priesterkooperation. Leitung: Erzbischof *Casimiro Morcillo González* von Zaragoza (vgl. Herder-Korresp. ds. Jhg., S. 106). Beisitzer: die Bischöfe *Alvarez* (Guadix) und *del Campo* (Calahorra) und der Weihbischof *Ricote* (Madrid).

9. Kommission für die Eucharistischen Kongresse. Leitung: Erzbischof *Gregorio Modrego Casaus*, Bischof von Barcelona. Beisitzer: die Bischöfe *Hidalgo Ibáñez* (Jaca) und *Pont y Gol* (Segorbe).

Nur 29 der insgesamt 65 spanischen Diözesanbischöfe sind Mitglieder in einer der vorstehenden Kommissionen; Sitz und Stimme haben dagegen der Bischof der Katholischen Aktion, *Zacarias de Vizcarra Arana* (Kommission Nr. 5), der Prior *nullius* der Militärorden, Bischof *Juan Hervás Benet* (Nr. 5), die beiden Weihbischöfe des Bischofs von Madrid-Alcalá und Patriarchen von Westindien, *José María García Lahiguera* (ebenfalls Nr. 5) und *Juan Ricote* (Nr. 8), und Weihbischof *Jacinto Argaya Goicoechea* von Valencia.

#### Der Apostolische Nuntius

Es muß jedem Beobachter auffallen, welche international einmalige Rolle der Apostolische Nuntius *Hildebrando Antoniutti* in Spanien spielt. Dieser 58jährige italienische Titularbischof, Doktor in Philosophie, Theologie und Kanonischem Recht, ist seit 1927 im päpstlichen diplomatischen Dienst und einer der angesehensten vatikanischen Diplomaten. Er war Auditor in Portugal von 1934 bis 1936, Geschäftsträger im Spanien des Bürgerkriegs von 1937 bis 1938 und von da ab Nuntius in Kanada. 1953, kurz nach dem Abschluß des Konkordats, erfolgte seine Ernennung zum Apostolischen Nuntius in Spanien, worin er den zum Kardinal ernannten Msgr. *Cicognani* ablöste. Seitdem tritt Nuntius *Antoniutti* im öffentlichen Leben Spaniens (sowohl im innerkirchlichen wie gegenüber Staat und Gesellschaft) ständig mehr in Erscheinung. Er erhielt vom Papst besondere Vollmachten zur technischen Durchführung des Konkordats (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 11), nahm kürzlich die Bischofsweihe in mehreren Diözesen vor, war Referent bei bedeutenden Tagun-



gen der Katholischen Aktion und gefeierter Besucher in verschiedenen Provinz- und Diözesanhauptstädten. Seine soziale, realistische und tolerante Einstellung hat er mehrmals unter Beweis gestellt. Er scheint vom Papst dazu ausersehen zu sein, die spanische Kirche sowohl institutionell wie in ihrer Haltung zu diesen Zeitfragen zu reformieren — was in der Tat in den letzten Jahren in einem beachtlichen Ausmaß bereits geschehen ist. Auch die angeführte Neugliederung des spanischen Episkopats ist mindestens zu einem Teil seiner Aktivität zu verdanken. (Darauf deutet auch die Mitgliedschaft der beiden Madrider Weihbischöfe, beide seit der Übersiedlung Antoniutti nach Madrid im Dezember 1953 dessen engere Mitarbeiter.) Man darf in ihm heute die Schlüsselfigur der spanischen Kirche sehen. Nuntius Antoniutti ist Priester und Bischof genug, sich darin nur als ein zeitweises Instrument der Kirche zu betrachten, dessen Person ganz hinter der Aufgabe zurücksteht.

**Spannungen in der Katholischen Aktion der französischen Jugend**

Die Organisation der Katholischen Aktion der französischen Jugend befindet sich schon seit langem in einer Krise. Die spezialisierten Bewegungen der katholischen französischen Jugend — Christliche Studentenjugend (JEC), Christliche Landjugend (JAC), Christliche Mittelstandsjugend (JIC), Christliche Matrosenjugend (JMC) und Christliche Arbeiterjugend (JOC) — sind in der „Action Catholique de la Jeunesse Française“ (ACJF) zusammengefaßt; doch diese Organisation, die mehr als eine Dachorganisation sein sollte, nämlich ein Organ echter Koordinierung, umfaßt Bewegungen verschiedener Herkunft und verschiedener Tendenz, die ihr Bestehen schon seit Jahren in Frage stellen. Eine Zusammenfassung christlicher Jugendgruppen wurde in Frankreich zuerst schon 1886 unter dem Namen ACJF gegründet; sie hatte jedoch jahrzehntelang weder rechten Nachwuchs, noch erreichte sie die Massen. Dann kam 1927 die Bewegung der Christlichen Arbeiterjugend (JOC) von Belgien herüber und wurde nach einigen Verhandlungen 1928 mit der ACJF verbunden. Diese ihrerseits begann sich kurz darauf nach dem Beispiel der JOC nach Ständen zu gliedern und ordnete sich in den genannten Bewegungen der JAC, JEC, JIC und JMC. Diese vier Bewegungen haben aber immer ein anderes Ordnungsprinzip und andere Methoden behalten als die JOC und auch nichts hervorgebracht, was deren internationalem Charakter entspräche. Kurz nach dem Krieg machten sich diese Divergenzen angesichts so vieler gemeinsamer Aufgaben und Ziele nicht so deutlich bemerkbar, doch seit 1949 schwelen die Gegensätze wieder spürbar. Im Februar 1955 kam es zu einer vorläufigen Absage der JOC an das Programm der ACJF. Zum erstenmal seit dem Krieg fand daraufhin 1955 keine Tagung des Komitees der ACJF statt. Auch auf der Tagung des verkleinerten Führungskreises der ACJF am 20. Januar dieses Jahres, an dem auch Führer der JOC teilnahmen, ist zwar das Gespräch zwischen den beiden Richtungen wieder in Gang gekommen, aber noch keineswegs eine Lösung der Schwierigkeiten gefunden worden.

#### *Die ACJF und die Aufgabe des Laien in Kirche und Gesellschaft*

Diese Spannung ist deshalb von allgemeinem Interesse, weil es sich hier letzten Endes wieder einmal um die Frage

handelt, welche Aufgabe denn eigentlich der Laie in der Kirche und für die Kirche habe. Denn dies ist der Punkt, bei dem sich die Auffassungen der beiden Richtungen scheiden. Vordergründig handelt es sich vor allem um die Frage, was Katholische Aktion sei; im tieferen Sinn geht es aber um die Frage, was denn eigentlich gegenwärtig der Kirche, der Christenheit und der Welt nottue: „Evangelisierung“, wie die JOC sagt, oder „ganzheitliche Erziehung“, wie die Formel der ACJF lautet; mit anderen Worten: Verkündigung des Evangeliums in einer Welt, die das Evangelium nicht kennt oder es nicht begriffen hat, und das Vertrauen darauf, daß eine wieder christlich gewordene Welt von selbst ihre zeitlichen Probleme wird lösen können, oder Erziehung einer bis zu einem gewissen Grad als christlich vorausgesetzten Gesellschaft zu bewußt christlichem Handeln aus echter Glaubenskenntnis in genau analysierten Zeitverhältnissen. Die Methoden, um die die beiden Richtungen mit diesen Thesen ringen, sind natürlich sehr stark davon bestimmt, daß sie verschiedene Gegebenheiten vor sich haben. So weit auch die anderen „Milieus“ sich vom lebendigen Glauben entfernt haben mögen, so ist doch nur die französische Arbeiterschaft (abgesehen von der Landbevölkerung in sehr begrenzten Strecken des französischen Landes) eine tatsächlich außerhalb der Kirche lebende Schicht, in der die Gegenkirche des Kommunismus die Geister beherrscht. Wenn es sich dort darum handelt, Gleichgültige oder Erstarrete zur Kirche, ihrer Soziallehre und Moral zurückzuführen, so hier darum, die Kirche in eine ihr völlig entfremdete Welt zu tragen, die zuallererst einmal begreifen muß, daß das Evangelium auch an sie gerichtet ist.

In der Tat ist der Konflikt zwischen JOC und ACJF im Februar 1955 an der Frage zum Ausbruch gekommen, welche der Jugendbewegungen für die Betreuung der technischen und Berufsschulen zuständig sei. Sie wurden von der JEC, der Christlichen studierenden Jugend, in Anspruch genommen (es sei daran erinnert, daß nach französischem Sprachgebrauch auch die Schüler bereits „Studierende“ sind und daher das gesamte Schulwesen Wirkungsfeld der JEC ist). Die Christliche Arbeiterjugend dagegen wollte die Arbeit unter den in den technischen und Berufsschulen weitergebildeten Arbeitern nicht aufgeben, damit diese durch den Anschluß an eine christliche Jugendbewegung anderen Vorzeichens nicht ihrem Milieu entfremdet und dadurch dann auch zum Weiterwirken in der Arbeiterwelt unbrauchbar gemacht würden. Da auf den technischen und Berufsschulen jedoch Schüler der verschiedensten Herkunft zusammenkommen und es sich keineswegs nur um Arbeiter handelt, scheint auch der französische Episkopat in diesem Punkt geneigt, der JEC recht zu geben.

#### *Erklärungen der französischen Hierarchie*

Die französischen Bischöfe haben verschiedene Male in die Auseinandersetzungen der Jugend der Katholischen Aktion mahnend und ratend eingegriffen. Ihnen liegt die Einheit und Einigkeit zwischen den Bewegungen am Herzen; ihre Erklärungen scheinen jedoch, abgesehen von dem eben erwähnten besonderen Fall, eher die These der JOC zu schützen.

Im März 1955 hat die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs eine „note doctrinale“ über die „spezialisierte Katholische Aktion der Jugendbewegungen“ veröffentlicht, auf die wir damals (9. Jhg., S. 345)



hingewiesen haben. Mit ihr forderte diese höchste Instanz der Kirche Frankreichs „alle dazu auf, sich wieder zur Einheit in der ACJF zusammenzufinden durch eine bewußte, ehrliche und hochherzige Befolgung der ständigen Belehrungen der Hierarchie auf diesem Gebiet“. Die „note doctrinale“ gab dann zunächst noch einmal eine ausführliche Definition des Wesens der Katholischen Aktion, die nicht gleichbedeutend sei mit jeglichem rechtmäßigen, nützlichen und notwendigen Einsatz von Laienkräften, sondern ihr bestimmtes Statut und ihren Auftrag von der Kirche habe. Sie darf also nicht mit weltlicher Aktion verwechselt werden. Die Gefahr einer solchen Verwechslung besteht, weil ja auch die Katholische Aktion „sich auf alle Gebiete des menschlichen Lebens erstreckt“. Doch ihr besonderer Auftrag besteht darin, „unaufhörlich in ihren Mitgliedern die Unruhe angesichts des geistigen Elends aller derer wachzuhalten, die die Botschaft Christi noch nicht empfangen haben“. Eine erzieherische Aufgabe haben die Jugendbewegungen gewiß auch; aber sie besteht darin, „in jedem ihrer Mitglieder gleichzeitig den Menschen und den apostolischen Christen zu formen“. Zur gegenwärtigen Lage sagte die „note doctrinale“: „Man hat die Frage aufgeworfen, ob die Hierarchie nicht ihre Einstellung hinsichtlich des Mandats, das sie den Bewegungen der Katholischen Aktion gegeben hat, geändert habe. Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe bestätigt und ergänzt ihre Erklärung vom März 1945, die die Natur, den Wert und den Wirkbereich des Mandats definierte. Indem es jeder Bewegung ein Aktionsfeld zugewiesen hat, hat das Mandat in außerordentlicher Weise zur Organisation des Apostolats in Frankreich in spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion beigetragen; es hat Überschneidungen, Doppelbesetzungen, Reibereien vermieden, wie sie die Verflochtenheit der sozialen Wirklichkeit notwendigerweise hervorbringt... Schließlich regelt das Mandat, das der Bewegung anvertraut ist, die Beziehungen der Unterordnung und Nebenordnung der Bewegungen selber und gegenüber der Hierarchie in diesem Apostolat auf diözesaner und nationaler Ebene...“ (nach „Documentation Catholique“ Nr. 1196, 3. April 1955).

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe hat auch zu den akuten Strukturproblemen der Organisation Stellung genommen: „Was die inneren Schwierigkeiten der ACJF anbetrifft, so ist die Versammlung der Meinung, daß nur eine einstimmig angenommene Entschließung der Bewegungen als Ausdruck der Stellungnahme der ACJF angesehen werden kann, da sie der Verband von fünf spezialisierten Bewegungen, keine Über-Bewegung ist. Sie bittet die JOC, dem Exekutivkomitee konkrete Vorschläge bezüglich einer vertrauensvollen Zusammenarbeit vorzulegen.“ (Die anderen vier Bewegungen, die der ACJF angehören, hatten beschließen wollen, daß ein Mehrheitsentscheid zur Annahme eines für alle verbindlichen Aktionsprogramms genüge; nach „Informations catholiques internationales“ Nr. 17, 1. Februar 1956.)

#### *Erzbischof Guerry zu den Kaplänen der JOC*

Wichtig sind die Ausführungen, die Msgr. Guerry, Erzbischof von Cambrai, Sekretär der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe und Leiter der Bischofskommission für die Arbeiterwelt, am 14. September 1955 auf der Tagung der Kapläne der männlichen und weiblichen Christlichen Arbeiterjugend in Versailles machte. Der Erz-

bischof nannte seine Darlegungen eine „Antwort auf Vorwürfe, die der JOC gemacht worden sind“. Die JOC, sagte er, „hat den Auftrag zur Evangelisierung der Arbeiterwelt erhalten. An diese Mission, die ihr von der Kirche übergeben worden ist, will sie sich halten... Wenn ich die JOC aus der Nähe an der Arbeit sehe, so kann ich nur mit voller Überzeugung wiederholen, was schon Papst Pius XI. von ihr gesagt hat: ‚Die JOC verwirklicht einen vollkommenen Typus von Katholischer Aktion.‘“

In bezug auf das Verhältnis der JOC zu den anderen Jugendbewegungen sagte Msgr. Guerry: „Wir stehen einer Wachstumskrise der ACJF gegenüber... Zwei Grundsätze müssen bewahrt bleiben: einerseits Treue zur Spezialisierung (und das kann in den praktischen Folgen sehr weit gehen) und andererseits die ständige Sorge um die Zusammenarbeit mit den anderen Bewegungen in der ACJF und für das gemeinsame Wohl der gesamten Arbeiterjugend.“

Die Zusammenarbeit der JOC mit den anderen Jugendbewegungen hat nach Erzbischof Guerry drei Ziele: „1. wirkliche und vertiefte Kenntnis der anderen Milieus; 2. Untersuchungen der gemeinsamen Erfordernisse der Evangelisation; und 3. Zusammenarbeit in allen Fragen, die die gesamte Jugend angehen, sei es, daß die Bewegungen gemeinsam innerhalb der ACJF eine Lösung suchen, sei es, daß die JOC sich mit einer der Bewegungen für ein bestimmtes Problem, das beide Milieus betrifft, im gegebenen dringenden Fall zusammentut... Wenn es sich um ein Problem handelt, das vorwiegend oder ausschließlich die Arbeiterjugend angeht, und die anderen Bewegungen durch das natürliche Spiel der Einheit in der ACJF sich veranlaßt sehen könnten, sich dazu zu äußern, so erklärt die JOC: In bezug auf dieses Problem werde ich gewiß immer über das Gemeinwohl meines Arbeitermilieus hinaus anstreben, was die Kirche von mir als Gemeinwohl des Ganzen verlangt, aber was dieses besondere Problem anbetrifft, wer könnte da das Gemeinwohl des Arbeitermilieus beurteilen, wenn nicht ich selber? Die Spezialisierung wäre kompromittiert und gefährdet, wenn diese Regel verkannt würde. Es müssen also Maßnahmen getroffen werden, damit mir nicht im Namen einer gemeinsamen Abstimmung der anderen Bewegungen eine Entschließung aufgedrängt wird, die zu dem Auftrag, den die Kirche mir erteilt hat, anscheinend im Widerspruche steht.“

„Nochmals: dieses Problem ist komplex, aber mit dem Geist, der alle Bewegungen beseelt, mit der Auffassung von Katholischer Aktion, deren geistige, übernatürliche und apostolische Ziele die Kirche oft genug definiert hat, mit der gemeinsamen Sorge um das soziale Reich Jesu Christi bin ich überzeugt, daß man zu einer gemeinschaftlichen Lösung gelangen wird, die die Vorteile der Spezialisierung respektiert.“

#### *Direktiven von November 1955*

Diese Überzeugung des Erzbischofs hat sich, wie „Informations catholiques internationales“ vom 1. Februar 1956 sagt, nicht bewahrheitet. Darum hat die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs im November 1955 nochmals zu den Streitfragen Stellung genommen. Sie hat folgende Punkte hervorgehoben: „Notwendigkeit, die ACJF zu erhalten; Notwendigkeit, die Einheit der katholischen Jugend zu betonen und zu verwirklichen;



Notwendigkeit für die spezialisierten Bewegungen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Angesichts dieser Sachlage ist die These einer ACJF als bloßen Orts der Bewegung ebenso abzulehnen wie die einer ACJF als Über-Bewegung.“

Die Entschließungen der Versammlung betonten nochmals, wie schon im März, die Notwendigkeit der Einstimmigkeit der Beschlüsse der ACJF. Die Gemeinschaft der Jugendbewegungen soll weiter in einem „conseil fédératif“ und einem Exekutivkomitee zum Ausdruck kommen, und schließlich sollen auch gemeinsame Publikationen herausgegeben werden, „unter der Bedingung, daß Fragen von allgemeinem Interesse auf Grund gemeinsamer Vorarbeiten ihren Gegenstand bilden“.

Die durch die Tagung des engeren Komitees der ACJF am 20. Februar dieses Jahres, an der Delegierte der JOC teilnahmen, wieder eingeleiteten Gespräche zwischen den beiden Richtungen haben, wie wir eingangs sagten, noch zu keiner entscheidenden Versöhnung geführt.

**Kardinal Gerlier und die Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“**

Die französische Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“, die nunmehr seit ungefähr fünfzehn Jahren besteht, ist ein Presseorgan, das einen festen Freundeskreis um sich gesammelt hat, die „Freunde von Témoignage Chrétien“ (sie haben kürzlich ihren 5. Nationalkongreß in Lyon unter Teilnahme von ungefähr 200 Delegierten abgehalten). Es hat in der französischen Presse katholischer Haltung eine besondere Aufgabe übernommen, nämlich die, in der Sprache der heutigen Zeit zur Jugend und insbesondere zur Arbeiterwelt zu sprechen. Es ist die einzige katholische Zeitung, die diese Kreise erreicht, in die sie in der Tat mit Zehntausenden von Exemplaren eindringt. Bei den vielfältigen Spannungen innerhalb des französischen Katholizismus, die seine Lebendigkeit ausmachen (Beispiele dafür finden sich in diesem Heft, S. 312 und S. 331), kann es nicht ausbleiben, daß diese Zeitung Gegner hat, denen es nicht entgeht, wenn sie gelegentlich gewagte oder auch unhaltbare Positionen bezieht. Der Chefredakteur der Zeitung, Georges Montaron, hat sie in der Begrüßungsansprache auf dem Kongreß in Lyon aufgezählt. An dem Kongreß erschien jedoch auch Kardinal Gerlier, der Erzbischof von Lyon und Primas von Frankreich, der von jeher ein besonderer Freund von „Témoignage Chrétien“ gewesen ist. Der Kardinal hat es als Freund und Bischof für seine Pflicht gehalten, vor der Fortsetzung einer zumal in jüngster Zeit hervorgetretenen Linie in der Zeitung zu warnen. Diese Warnungen sind von der katholischen Presse, aus ihrem Kontext gelöst, ausführlich wiedergegeben worden und haben großes Aufsehen erregt, was die Leute von „Témoignage Chrétien“ schwer getroffen hat, zumal der Ton, in dem der Erzbischof tatsächlich zu seinen alten Freunden gesprochen hatte, ein ganz anderer gewesen war. „Témoignage Chrétien“ möchte gern — ähnlich wie die katholische Tageszeitung „La Croix“ in Frankreich als die offiziöse Stimme der Hierarchie gilt — als die Stimme der Laien gelten, ohne Auftrag gewiß, aber im Einverständnis mit dem Episkopat und in uneingeschränkter Treue zum Denken der Kirche. Es ist also keine geringe Aufgabe, die sich die Zeitung stellt. Die Ansprache, die Kardinal Gerlier im Schlußgottesdienst des Kongresses von „Témoignage Chrétien“ in Fourvière (Lyon) gehalten hat, ist in Anbetracht

dieses ganzen Sachverhalts ein außerordentliches Beispiel echter Hirtensorge und liebevoller Ermahnung, die zugleich Ermutigung ist.

#### *Die Rede Kardinal Gerliers*

Schon in den kurzen Worten, mit denen der Kardinal auf die Begrüßungsrede des Chefredakteurs antwortete, sagte er: „Mir scheint, da ist eine ganze Équipe von Mitarbeitern, denen ich nicht nur für die Kühnheit einiger ihrer Positionen — die auch ich für den Zeiten angemessen erachtete, in denen sie bezogen wurden —, sondern auch für die ständige Betonung ihrer Entschlossenheit zur christlichen Treue dankbar war, an der ich für meinen Teil nie auch nur einen Augenblick gezweifelt habe“ (dies zur Antwort auf eine Aufzählung von Verdächtigungen von anderer Seite, die Montaron kurz vorher gegeben hatte). Er fühle zwar, so sagte der Kardinal, eine kleine Beunruhigung ihretwegen, aber das bedeute keineswegs, daß er irgendwelche Vorbehalte in seiner Freundschaft ihnen gegenüber mache.

In der großen Ansprache im Schlußgottesdienst der Tagung sagte der Kardinal dann nach kurzen Einführungsworten:

„Ich habe von Anfang an gefühlt, und ich glaube immer noch, daß ihr eine sehr wichtige Rolle zu spielen habt und daß es in dem weiten Spielraum von Positionen, die einem Christen erlaubt sind, notwendig ist, daß die Menschen, die zum mindesten im großen und ganzen die eure teilen, eine Ausdrucksmöglichkeit haben. Ich weiß, wie viele es sind und wie groß ihre Dynamik ist. Ich kann auch die Enttäuschung ermessen, die es für sie bedeuten würde, in ‚Témoignage Chrétien‘ nicht mehr das Echo ihrer Hoffnungen und Gedanken zu finden. Darum habe ich kürzlich in einem Brief, von dem ich mich nicht distanzieren, gesagt, das Verschwinden von ‚Témoignage Chrétien‘ würde ein sehr trauriges Ereignis sein und auf dem komplizierten Schachbrett unserer Presse katholischer Inspiration eine böse Lücke hinterlassen. Die Gesamtheit der französischen Bischöfe war damals meiner Meinung. Sie haben es durch ihr fast einhelliges Auftreten in den Subskriptionslisten bewiesen, die ihr damals aufgelegt hatten.

Doch wenn eure Aktion notwendig ist, so ist sie doch auch ungewöhnlich schwierig. Wer sich an den Grenzen der Freiheit bewegt, ist dauernd in Gefahr, sie zu überschreiten, wenn auch gewiß ohne böse Absicht. Darum bin ich auf Grund der Aufrichtigkeit meiner Freundschaft und mehr noch auf Grund meines Bischofsamtes verpflichtet, euch zu sagen, daß ihr diesen Schwierigkeiten nicht immer entgangen seid und daß sich das in der letzten Zeit etwas deutlicher bemerkbar gemacht hat.

Ich würde euer Vertrauen nicht verdienen und meinem Amt nicht gerecht werden, wenn ich zögerte, so offen mit euch zu reden. Ich werde aber niemandem, wer es auch sei, erlauben, dies als eine Verurteilung zu deuten, als eine Verurteilung der Zeitung als solcher, denn meine Worte bedeuten nur einfach mein Bedauern und meine Mißbilligung gegenüber gewissen Artikeln.

Wollt ihr ein paar Beispiele (und ich werde mich bemühen, ihnen keinen persönlichen Charakter zu geben)?

Ihr habt immer gelehnet, eine politische Zeitung zu sein. Euer Kongreß von 1954 hat das ausdrücklich betont. Ihr habt euch als eine ‚authentisch katholische Zeitung militanter Christen, die sich im Apostolat einsetzen wollen‘, vorgestellt. Gewiß will niemand innerhalb der vom Glauben gezogenen Grenzen die Freiheit derjenigen einschrän-



ken, die ihr um euch sammelt. Aber diese persönliche Freiheit kann nicht im gleichen Maße auf die Zeitung selber ausgedehnt werden. Darin gebt ihr mir sicher recht.

Durch Umstände, die — das erkenne ich an — diese Entwicklung erklären, wenn auch nicht rechtfertigen können, seid ihr infolge einer allmählichen Akzentverschiebung dazu gekommen, eine Linie zu verfolgen, die nicht nur sehr heikel ist, sondern auch von einem Teil eurer Leser und Freunde mit Recht abgelehnt wird. Dadurch ist bei denen, die euch von außen her beurteilen, ein Unbehagen, eine oft lebhaftere Gereiztheit entstanden. In der gespannten und oft dramatischen Atmosphäre der gegenwärtigen politischen Ereignisse, die sich durch absolute und notwendigerweise oberflächliche Wertungen selten der Wahrheit entsprechend fassen lassen, ist es unvermeidlich, daß gewisse praktische Stellungnahmen der Zeitung in Gegensatz zu ihrem Namen geraten, auf den sie doch stolz ist; denn dieser schließt derartige Stellungnahmen aus, mögen sie auch für diesen oder jenen einzelnen berechtigt sein. Ich glaube — und viele Bischöfe sind der gleichen Meinung —, daß ihr in dieser Hinsicht die Grundlinie zu revidieren habt, die sich in eurer Zeitung mehr und mehr abzeichnet.

Diese Pflicht wird jedoch noch dringender, wenn gelegentlich ein Artikel, selbst wenn er in der Rubrik ‚Freier Meinungsaustausch‘ erscheint — eine sicher beachtenswerte Nuance, die aber der Mehrzahl der Leser entgeht —, etwas gelten läßt oder predigt, was die Kirche nicht zulassen kann, und zwar wegen der Gefahr, die sich daraus zwangsweise für das christliche Leben ergeben würde, und wegen des Risikos sozialer Verirrungen, die in gefährlicher Weise die Grenzen der Gerechtigkeit überschreiten würden, über die wir uns doch einig sind. Ich habe die Pflicht, auch die Heftigkeit der Reaktionen nicht zu verschweigen, deren Zeugen wir noch kürzlich waren und deren gutes Recht sich nicht verkennen läßt.

Noch ein weiteres, andersgeartetes Beispiel. Zweimal haben sämtliche Bischöfe Frankreichs ohne Ausnahme kürzlich in ihren Vollversammlungen in bezug auf das Problem des christlichen Unterrichtswesens sehr formell Stellung genommen. Ich betone nochmals, daß diese Stellung nicht verständnislos und eng sein will, daß sie ihrerseits jede kämpferische Absicht ablehnt, die die Franzosen spalten würde, während wir doch von ihrer brüderlichen Eintracht träumen; aber wir halten diese Stellung für unerläßlich zur Erhaltung einer geheiligten Freiheit.

Ich bin leider genötigt, festzustellen, daß gewisse Behauptungen, die in ‚Témoignage Chrétien‘ erschienen sind, mit diesen ausdrücklichen Richtlinien des Episkopats nicht vereinbar sind. Ich habe den Widerhall der tiefen Erregung gespürt, den das in vielen christlichen Kreisen hervorgerufen hat. Ich habe die Pflicht, euch das zu sagen, zumal eure qualifizierten Sprecher mir gestern mit solcher Eindeutigkeit eure Bereitschaft zur Treue gegenüber dem Denken der Kirche zugesichert haben.

Das führt mich zu einer letzten Feststellung. Gewiß ohne daß ich es wollte — denn ich kenne den Ernst eures Christentums —, kommt es vor, daß ihr die grundlegendsten Erfordernisse der Liebe verkennt. Selbst wenn ihr Positionen verteidigt, die erlaubt sind, hütet ihr euch dabei stets vor der Versuchung zu jener Heftigkeit des Ausdrucks, die eure Brüder verletzt und schmerzt? Sollte ‚Témoignage Chrétien‘ nicht alles verabscheuen, was eine so heftige Zwietracht zwischen Christen sät, daß es dem

Evangelium widerspricht? Hätte eine bewußte Mäßigung der Sprache nicht obendrein den ungeheuren Vorteil, die Ausgeglichenheit des Denkens zu fördern und z. B. gegenüber so schmerzlichen, gewaltigen und komplizierten Problemen wie dem algerischen Formeln und Urteile zu vermeiden, die Gefahr laufen, sowohl die Liebe wie die Wahrheit zu verletzen oder wirklich grausame Leiden hervorzurufen, deren Vertraute wir sind?

Ihr nehmt mir die Offenheit meiner Sprache nicht übel, nicht wahr, meine Freunde. Ihr gehört zu denen, mit denen man auf diese Weise reden kann . . . Meine ganze Kritik läuft auf dies heraus: Bewahrt euren ausdrücklichen Willen, immer das wahre Antlitz des Christentums zu zeigen, und achtet unermüdlich auf das, was es mehr oder weniger entstellen könnte. Die Kirche ist euch dankbar, wenn ihr dies mutig tut; sie bittet euch nur, euch der Größe und Schwierigkeit dieser Aufgabe und der Verantwortung, die in ihr liegt, immer bewußter zu werden. Die Kirche will nicht, daß ihr verschwindet, sondern daß ihr euch bemüht, immer besser in brüderlichem Geist die Rolle anzuführen, die die eure sein soll. Ach, möchten meine Worte doch keinen von euch zu Traurigkeit verleiten. Ihr würdet ihnen dann genau den entgegengesetzten Sinn von dem geben, den ich ihnen habe geben wollen. Fahrt vielmehr, meine Freunde, mit Vertrauen fort. Im voraus danke ich euch für alles, was ihr morgen tun werdet, um euer christliches Zeugnis immer überzeugender und leuchtender zu gestalten.“

#### *Eine nochmalige Freundschaftserklärung des Kardinals*

Viele katholische Zeitungen Frankreichs, die im Gegensatz (vor allem natürlich in politischem Gegensatz) zu „Témoignage Chrétien“ stehen, haben, wie schon erwähnt, die kritischen Teile der Ansprache des Kardinals allein veröffentlicht und damit zu einer völligen Verkennung des liebevollen Verhältnisses zwischen dem Hirten und seiner Herde geführt. Chefredakteur Montaron hat den Kardinal in einem Brief darauf aufmerksam gemacht. Der Kardinal hat „Témoignage Chrétien“ nicht im Stich gelassen, sondern dem Chefredakteur daraufhin einen kurzen, zur Veröffentlichung bestimmten Brief geschrieben, der folgenden Wortlaut hat:

„Sie schreiben mir von der Erregung, die bei vielen Ihrer Freunde die Analyse hervorgerufen hat, die mehrere Zeitungen auf Grund einer mehr als summarischen Pressemeldung von meiner Ansprache in Fourvière (Lyon) gegeben haben, eine Analyse, die offenkundig deren Sinn entstellt hat. Ich verstehe Ihr Bedauern um so besser, als ich es teile.

Niemand, der den ganzen Text kennengelernt hat, kann den Sinn der Worte, die ich Samstag morgen zu eurer Begrüßung und Sonntag abend in Fourvière gesprochen habe, diskutieren.

Ich habe gewisse Mahnungen energisch formuliert, und ihr werdet euch nicht wundern, wenn ich sie uneingeschränkt aufrechterhalte, allerdings so, wie ich sie wirklich gesagt habe, mit Nuancen, die vielen entgangen sind.

Aber ich habe auch zuerst an meine alte Sympathie für euer Anliegen, an die Gründe, um derentwillen ich glaube, daß ‚Témoignage Chrétien‘ eine wichtige und selbst notwendige Rolle zu spielen hat, erinnert. Ich habe erklärt, daß ich jedem, wer es auch sei, verbieten werde, die Beanstandungen, zu denen mich mein Amt verpflichtete, in verkehrtem Sinn zu deuten.



Diejenigen, die mit oder ohne Absicht das alles übergangen haben, haben meine Gedanken entstellt.

Seien Sie immer von meiner herzlichen Zuneigung im Herrn und der Mutter Gottes überzeugt.“

„La Croix“, von der wir eingangs sagten, sie gelte als das offiziöse Organ des französischen Episkopats, hat diesen Brief Kardinal Gerliers im vollen Wortlaut abgedruckt.

**Evangelische Bibel mit kirchlicher Druckerlaubnis** Die Herder-Korrespondenz berichtete im Dezemberheft (ds. Jhg., S. 108) auf Grund einer KIPA-Meldung vom 26. 10. 55 über die kirchliche Druckerlaubnis, die der Erzbischof von Utrecht einer in friesischer Sprache geschriebenen Biblischen Geschichte des evangelischen Theologen Ulbe van Houten erteilt habe. Wie uns Professor F. Haarsma, Utrecht, mitteilt, hat der „Ecumenical Press Service“ vom 30. Dezember die Meldung mit folgendem Wortlaut übernommen: „Der Erzbischof von Utrecht hat ... eine protestantische Ausgabe der ganzen Heiligen Schrift im Friesischen für die katholischen Friesen geeignet erklärt und sogar empfohlen.“ Dazu stellt Prof. Haarsma fest: Es handelt sich hierbei lediglich um den ersten Band (Altes Testament) der friesischen Biblischen Geschichte des reformierten Mittelschullehrers Ulbe van Houten, die er, Prof. Haarsma, persönlich, auf eigene Verantwortung, entsprechend CIC can. 1399, 1400, für die katholischen Friesen für geeignet erklärt habe. Der zweite Teil (Neues Testament) sei nach wie vor verboten.

#### *Aus dem Nahen Osten*

**Entspannung in Ägypten?** Nachdem die Auseinandersetzungen über die Abschaffung der konfessionellen Gerichtshöfe in Ägypten zwischen den Kirchen und der Regierung eine beunruhigende Form angenommen hatten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 116), scheint eine gewisse Entspannung eingetreten zu sein. Die ägyptische Regierung hat dem Päpstlichen Nuntius in Ägypten und dem Heiligen Synod der koptischen (nicht-unierten) Kirche eine Änderung des Gesetzes versprochen. Welcher Art diese Änderung sein soll, ist noch nicht bekannt.

Die ägyptischen Bischöfe sowohl der unierten als auch der schismatischen Kirchen hatten aus Protest gegen die Auflösung der Gerichte die Zelebrierung feierlicher Weihnachtsmessen untersagt. Desgleichen wurde ein gemeinsames Protestschreiben aller christlichen Bischöfe in Ägypten der Regierung überreicht und später veröffentlicht. Der Heilige Synod der koptischen (nichtunierten) Kirche hatte ein dreitägiges Fasten vor den Weihnachtsfeiertagen angesetzt, desgleichen hatten die koptischen Bischöfe bekanntgegeben, daß sie, falls nicht eine baldige Änderung des Gesetzes erfolge, ihre Sitze verlassen und sich in Klöster zurückziehen würden.

Allein der griechisch-orthodoxe Patriarch Christophorus reiste von Alexandrien nach Kairo, um dort eine feierliche Mitternachtsmesse zu zelebrieren. Der Patriarch, der im letzten Jahr zweimal in Moskau war (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 244), soll angeblich, wie schon im Frühjahr 1955, durch den sowjetischen Botschafter in Kairo, D. Solod, hierzu aufgefordert worden sein (NCWC, 2. 1. 56). Die ägyptische Regierung hat natür-

lich ein Interesse daran, zu zeigen, daß die in ihrem Protest gegen das neue Gesetz bemerkenswerte Geschlossenheit der christlichen Kirchen in Ägypten in Wirklichkeit nicht bestehe. Andererseits wird die sowjetische Regierung kaum eine Gelegenheit, der ägyptischen Regierung einen billigen Dienst zu erweisen, nicht wahrnehmen.

In den katholischen Kirchen wurde am ersten Weihnachtstag ein Hirtenbrief verlesen, der die Abschaffung der konfessionellen Gerichte verurteilt, da sie den Bestand der christlichen Familie gefährde. (Durch das neue Gesetz werden in Zukunft nur noch Zivilgerichte für die Fragen des Familienrechts zuständig sein. Im besonderen werden Ehescheidungen hierdurch erleichtert bzw. überhaupt erst möglich gemacht, indem Mischehen — auch unter Christen — nach muslimischem Recht geschieden werden können.)

#### *Verhaftungen von Bischöfen*

Nachdem der Inhalt des Hirtenbriefes bekannt war, wurden der Vikar des melkitischen Patriarchen von Antiochien für Ägypten, Erzbischof E. Zoghbi, der Apostolische Vikar für Heliopolis, Bischof N. Boucheix, und weitere drei französische Priester, die in Kairo Pfarreien innehaben, verhaftet. Erzbischof Zoghbi, dem die Stellung einer Kautions verweigert wurde, blieb bis zum 30. Dezember in Haft, während die übrigen Verhafteten noch am selben Tage gegen Kautions freigelassen wurden. Nach seiner Entlassung berichtete der Erzbischof, daß man versucht habe, ihn zu einem Geständnis zu bewegen, daß er der Initiator des Protestes der katholischen Bischöfe in Ägypten sei — im übrigen wäre er gut behandelt worden.

Wie es scheint, wurde der Inhalt des Hirtenbriefes auch durch Flugblätter verbreitet. Dieser Umstand kann der ägyptischen Regierung die rechtliche Handhabe zur Verhaftung der Bischöfe gegeben haben, obwohl ein solcher Grund nicht nötig ist, da nach den in Ägypten immer noch geltenden Ausnahmestimmungen jeder, der sich in irgendeiner Form gegen die Regierung äußert, verhaftet werden kann.

Gleichgültig nun, ob es einen formaljuristischen Grund gab, den Erzbischof und die übrigen Kleriker zu verhaften, es bestand keinerlei Anlaß hierzu. Darüber hinaus ist im Orient schon allein ein polizeiliches Verhör geistlicher Würdenträger unerhört. (Es wird höchstens bei schwerwiegendem Verdacht eines kriminellen Deliktes vorgenommen und auch dann nur unter Wahrung der Diskretion.) Die Verhaftung des Erzbischofs läßt erkennen, auf welche Art und Weise die ägyptische Regierung bei diesen Auseinandersetzungen vorzugehen gedenkt. Von hier aus gesehen, müßte ein erheblicher Wandel in der Regierungspolitik eingetreten sein, wenn die versprochenen Änderungen des Gesetzes den Wünschen der christlichen Religionsgemeinschaften entsprechen sollten. Es könnte sich vielmehr so verhalten, daß die Regierung damit gerechnet hatte, die Verhaftung der Bischöfe würde die schutzlose koptische Hierarchie in Ägypten einschüchtern, und nachdem das offenbar nicht der Fall war, sucht sie nun durch ihre letzten Versprechungen die Situation etwas zu entspannen.

#### *Trennung von Kirche und Staat?*

Gänzlich unerwartet wurde der koptische Patriarch Amba Jussub II. aus dem Kloster, das ihm nach seiner Absetzung im Herbst 1955 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 116) als Zwangsaufenthalt angewiesen wurde,



zurückgeholt. Nach außen wurde der Anschein erweckt, als ob dieses auf die Proteste der Athiopischen Kirche hin geschehen sei (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2. 2. 56), deren geistiges Oberhaupt der koptische Patriarch von Ägypten ist. (Aus Protest wurden auch keine koptischen Würdenträger zum Regierungsjubiläum des Kaisers von Abessinien eingeladen.) Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß die ägyptische Regierung von diesen Protesten, die ja eher die koptische Kirche betreffen, sonderlich beeindruckt wurde. Es ist vielmehr so, daß die Regierung durch die Wiedereinsetzung des Patriarchen den Patriarchen selbst gefügiger machte, aber auch die Bischöfe, die seine Absetzung bewirkt hatten, sind nun durch seine Rückkehr in ihren Positionen der Regierung und auch dem Kirchenvolke gegenüber geschwächt worden. In der Tat kam eine Sonderregelung zwischen den Kopten und der Regierung zustande, über deren Inhalt nichts bekannt ist und von der die anderen Kirchen nicht betroffen werden. Da das koptische Weihnachtsfest erst im Januar gefeiert wird, fanden die für diesen Tag angesetzten Protestkundgebungen nicht mehr statt.

Es will vorerst immer noch so scheinen, als sollte vor allem die muslimische Hierarchie durch das Gesetz getroffen werden. So wird das neue Gesetz auch von ägyptischen Politikern dargestellt: eine „Trennung von Kirche und Staat“ nach amerikanischem oder noch eher nach türkischem Muster. Wohin das führen kann, zeigen allerdings die Verhältnisse in der Türkei, wo z. B. an staatlichen Schulen jede religiöse Unterweisung verboten ist. Daran kann auch die neue ägyptische Verfassung, die nach einem Plebiszit im Juni 1956 in Kraft treten soll, wenig ändern, denn sie wird von niemandem sehr ernst genommen, am wenigsten von jenen, die sie gemacht haben. So ist zwar der Islam Staatsreligion, der „Rat der Ulema's“ jedoch, die höchste muslimische Autorität, wird keinerlei Mitspracherechte haben. Die Freiheit der Religionsausübung wird zwar garantiert, aber das ist sie formal schließlich auch in den Staaten, in denen sie keineswegs gegeben wird. Am Ende behält die Revolutionsregierung ihre diktatorischen Machtbefugnisse, so daß sich nichts ändern wird, es sei denn im Sinne der „Revolution“.

Im übrigen zeigen sich ernsthafte Anzeichen dafür, daß die Regierung die 10—12% Christen des Landes einem Druck aussetzen will, der mit der Zeit dazu führen soll, daß wenigstens ein Teil von ihnen zum Islam übertritt. Nachdem die „Fremdherrschaft“ einmal aufgehört hat, erscheinen die Christen im Lande (ca. 85% von ihnen sind eingeborene Kopten) als „Fremde“. Wie aus einzelnen Berichten geschlossen werden kann, wird es für Christen immer schwieriger, Anstellungen in Regierungsämtern zu erhalten. Das Kairoer Elektrizitätswerk z. B. beschäftigt heute keinen einzigen christlichen Angestellten mehr (vgl. „La Croix“, 21. 1. 56). Man erhält den Eindruck, als wolle die Regierung durch wirtschaftlichen Boykott die Islamisierung der ägyptischen Christen herbeiführen. Auch die Aufhebung der konfessionellen Gerichtshöfe, die der Kirche die letzten Reste ihrer Autonomie nimmt, kann als eine Maßnahme in diesem Sinne aufgefaßt werden.

**Die russische Kirche in Israel** Während des letzten Jahres verstärkte die Mission des Moskauer Patriarchen in Israel ihre Bemühungen, um ihren Einfluß bei der griechisch-orthodoxen Bevölkerung des Landes zu vergrößern.

Die gespannte Situation, die zwischen arabischem niederem Klerus und Kirchenvolk und zwischen der griechischen Hierarchie besteht, kommt den Russen sehr gelegen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 322). Das russische Patriarchat hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg diese Situation ausgenutzt, indem es die Interessen und Forderungen der arabischen Kirchenvölker und des Klerus gegen die hellenistische Hierarchie zu unterstützen vorgab. Als daher nach dem Zweiten Weltkrieg eine russische Mission in Palästina (Israel) wieder Fuß fassen konnte — der beachtliche Besitz der russischen Kirche im Heiligen Lande wurde, soweit er sich in Israel befand, den Russen zurück-erstattet —, durfte sie sich auf eine gewisse Tradition in dieser Hinsicht berufen. Durch die Teilung des Landes kam es dahin, daß die arabischen Gemeinden, die auch durch den Krieg selbst gelitten hatten, in Israel in immer größere finanzielle Schwierigkeiten gerieten, da der — kürzlich verstorbene — Patriarch im arabisch besetzten Teil Jerusalems residiert.

Angeblich werden den arabischen Klerikern, die sich in materieller Not befinden, von der russischen Mission finanzielle Zuwendungen gemacht. Desgleichen wurde bekannt, daß seitens der Russen beachtliche Summen für die Unterstützung griechisch-orthodoxer Schulen in Israel ausgegeben werden. Die russische Mission will es jedoch keineswegs hierbei bewenden lassen, sondern versucht ihre Positionen in Israel so rasch als möglich auszubauen. Das bisher wichtigste Ereignis in dieser Entwicklung ist der Versuch, neue russische Kirchen zu bauen. Im Dezember 1955 wurden von der russischen Mission der Stadtverwaltung von Tiberias Pläne für den Bau einer russischen Kirche und eines Hospizes eingereicht. Desgleichen sollten im unteren Galiläa Kirchen gebaut und bereits bestehende repariert werden. Die Stadtverwaltung von Tiberias leitete die Pläne an das Außenministerium und an das Kultministerium weiter.

Anfang Januar 1956 teilte der sowjetische Gesandte dem israelischen Außenministerium mit, daß die russische Mission die Absicht habe, ihre Baulichkeiten in Jerusalem, die russische Kathedrale, Klöster und Pilgerheime, die, da seit 1918 keine russischen Pilger mehr ins Land kamen, zu anderen Zwecken verwendet wurden, zu erweitern und desgleichen in Tiberias eine Kirche zu errichten. Schon 14 Tage später ließ der sowjetische Gesandte wissen, daß weder das Außenministerium noch das Kultministerium sich zu der Angelegenheit geäußert hätten, während die umfangreichen Kirchenbauten der katholischen Kirche ohne Schwierigkeiten ausgeführt werden könnten.

Da das Gebiet, in dem die Kirchen gebaut werden sollen, und die russische Kirche in Palästina selbst der Jurisdiktion des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem unterstehen, wäre es nach kanonischem Recht unzulässig, daß die russische Mission Kirchen baut, ohne daß der Patriarch seine Zustimmung hierzu gibt. Das das Patriarchat vorerst wenigstens keine Interessen an diesen Bauten hat, ist auch nicht anzunehmen, daß eine solche Genehmigung erteilt werden wird.

Für die israelische Regierung, die diese Bauvorhaben, die die Position der Russen im Lande stärken würde, zu verhindern sucht, wird die Lage hierdurch etwas einfacher, denn sie ist nach geltendem Recht dazu verpflichtet, die Rechte der Privilegien der Religionsgemeinschaften zu schützen. Inwieweit das noch für das griechisch-orthodoxe Patriarchat gilt, das sich ja im feindlichen Ausland be-



findet, kann nur der Oberste Gerichtshof entscheiden. (In einem hier bedeutungslosen Prozeß hat der Oberste Gerichtshof die Jurisdiktion des Patriarchen von Antiochien, der gleicherweise im feindlichen Ausland residiert, anerkannt.)

Ob die Verweigerung dieser Erlaubnis seitens des Jerusalemer Patriarchats die Russen auf die Dauer an der Durchführung ihrer Bauvorhaben hindern wird, scheint fraglich. Dasselbe Problem entstand schon vor dem Ersten Weltkrieg (auch damals bestanden ja ähnliche Differenzen zwischen der russischen Kirche und dem griechisch-orthodoxen Patriarchat), als die Russen auch ohne Genehmigung des Patriarchats im Heiligen Lande Kirchen errichteten. Es gibt also schon einen Präzedenzfall.

Abgesehen davon, daß noch viel von der Person des neuen Patriarchen von Jerusalem abhängen wird, wird niemand auf die Dauer die Russen daran hindern können, wenigstens andere Baulichkeiten als Kirchen (Krankenhäuser, Schulen usw.) auf ihren Grundstücken zu errichten. Für die israelische Regierung, die diese Gefahr sehr klar erkannt hat, wird dann sehr bald die unangenehme Situation eintreten, mit den Russen als den „Beschützern der Rechtgläubigen“ im Heiligen Lande verhandeln zu müssen. Die Russen an ihrem Vorhaben zu hindern, würde der Diskriminierung einer bestimmten Religionsgemeinschaft gleichkommen und zu neuen, wenn auch andersgearteten Schwierigkeiten führen.

#### *Aus den Missionen*

**Daß die Verehrung der allerseligsten Jungfrau Maria die Nichtgläubigen zur wahren Religion hinführe. Missionsgebetsmeinung für Mai 1956**

Die Leitung des Gebetsapostolats erklärt den Sinn der Gebetsmeinung für den Maimonat dahin, es sei hier nicht nur daran gedacht, daß die Nichtchristen guten Willens, die eine Art „primitiven“ Kultes zur Gottesmutter pflegen, durch die Fürsprache Mariens zur Kirche geführt werden. Ein Hauptzweck der Gebetsmeinung sei, daß die heute sichtbar gesteigerte Marienverehrung in der katholischen Welt ihre Wirkungen auch unter den Heiden in den Missionsländern ausübe. Beide Ziele der Gebetsintention können aber nicht entfaltet werden, wenn nicht zuerst die Stellung Mariens im Missionswerk nach der dogmatischen Seite hin kurz dargelegt wird.

#### *Missionarische Wegbereiterin zu Christus*

„Erst bei den modernen Päpsten, unter denen die Kirche einen missionarischen Eifer höchster Intensität und universalster Spannweite entfaltete, finden wir Worte, die nicht mehr zweifelhaft erscheinen lassen, daß Maria auch mit den Ungläubigen und Noch-Ungetauften in Beziehung gesetzt wird“ (Carl Feckes in „Die katholischen Missionen“, Nr. 5, 1954). Bis zum Ende des Mittelalters war der Blick der Mariologie streng ekklesiologisch gerichtet. Erst im Entdeckungszeitalter, in dem sich riesige Welten von Nichtgetauften auftaten, wurde die Heilsfrage der Heiden zu einem ernststen und schwierigen Problem, bei dessen Erörterung man an Maria wegen ihrer Stellung im Heilswerk nicht vorübergehen konnte. Die Haltung des kirchlichen Lehramtes gibt am besten die Enzyklika *Rerum Ecclesiae* (1926) wieder, in deren Schlußpassus es heißt: „Den gemeinschaftlichen Be-

mühungen aber (der ganzen Kirche um die Missionen) möge Maria, die hl. Königin der Apostel, gnädig zur Seite stehen . . . Sie hat ja alle Menschen auf Kalvaria in ihre Mutterliebe aufgenommen, und sie liebt und betreut nicht weniger diejenigen, die noch nicht wissen, daß sie in Christus Jesus erlöst sind, als jene, die die Wohltaten dieser Erlösung glücklich genießen.“

Es ist hier nicht der Ort, um die einzigartige Stellung Mariens bei der Erwerbung und der Zuwendung der Erlösung darzustellen. Auf jeden Fall übertrifft sie der Verpflichtung wie auch dem Liebesdrang nach alle Glieder des mystischen Herrenleibes in der Sorge und in der Betätigung für die noch Nichtgläubigen, damit sie zu lebendigen Gliedern der Kirche werden. Sehen wir von den außerordentlichen Heilswegen ab, so ist die Mission die eigentliche Bemühung der Kirche, um neuen Völkern das Heil zu bringen. Deshalb muß Mariens Mutterliebe sich der Missionsarbeit besonders zuwenden. „Gerade weil Mission ihrem Wesen nach erst keimendes, werdendes Leben des mystischen Christus ist, ruft sie mehr nach der eigentlichen Mutteraufgabe Mariens als das gefestigte Gnadenerleben der Heimatkirche“ (Walter Bühmann OMCap in „Katholische Missionen. Jahrbuch der Schweiz“ 1954). Maria erfüllt hier in hervorragendem Sinne jene Aufgabe der Wegbereitung des Herrn, die ihr schon auf Erden eigen war.

Diese Liebe Mariens zum Missionswerk, das sich wesentlich als Fortsetzung der Inkarnation darstellt (P. Daniélou), ist eine sehr wirksame Liebe, die Liebe der „fürbitenden Allmacht“. Ihre innige Vereinigung mit Christus ist auch und gerade in Hinsicht auf das Missionswerk „die Quelle der unerschöpflichen Wirksamkeit ihrer mütterlichen Fürsprache beim Sohne und Vater“ (Enz. *Ad caeli reginam* 1954). Weil Maria in der Fortsetzung der Inkarnation ihre Aufgabe bei der Menschwerdung des göttlichen Sohnes der Gesinnung und Tat nach weiter erfüllt, haben sich die werdenden Kirchen so vieler Missionsländer unter ihren Schutz gestellt.

Auch die Frömmigkeit der Missionschristen ist durch eine starke Marienverehrung charakterisiert. Ein überwältigendes Zeugnis für diese Tatsache hat jüngst Anton Freitag SVD in seinem großen Werk „Dich preisen die Völker“ aus Tausenden von Einzelberichten zusammengetragen. Diese Marienverehrung übt auf die Nichtchristen eine anziehende Kraft aus. Wir wissen, daß z. B. an katholischen Wallfahrtsorten der Missionen auch betende Heiden zu finden sind, oft in erheblicher Zahl. Haben wir es hier nur mit natürlichen Magnetismen zu tun oder mit Gnadenkräften, die an natürliche Antriebe anschließen?

#### *Die Pilgerreisen der Fátima-Madonna*

Knüpfen wir, um konkret zu bleiben, an die Reisen der zahlreichen Fátima-Madonnen durch die Missionsländer an. Unser nordischer religiöser Geschmack mochte gegen diese Form religiöser Werbung manche innere Einwände haben. Aber die Veranstalter der Aktion haben sich als ausgezeichnete Psychologen erwiesen. Es ist bekannt, daß diese Rundreisen nicht nur echte religiöse Erschütterungen und eine Erneuerung des religiösen Lebens der Christen in einem Ausmaße brachten, das niemand vorhergesehen hatte, sondern auch Buddhisten, Konfuzianer, Hinduisten, Mohammedaner, Anhänger der primitiven Kulte usw. mit den Christen in der Huldigung der Fátima-Madonna vereint sahen. Wenn auch bei diesen Gelegenheiten ver-



einzelte Heidenbekehrungen zu verzeichnen waren und wenn sogar in Mosambik Gruppen von Mohammedanern, die schon längere Zeit unter dem Einfluß des Christentums standen, sich der Kirche anschlossen, so wird doch niemand behaupten können, daß die Hunderttausende von Heiden und Mohammedanern, die beim Durchzug der Fátima-Statue etwa in Kairo, Bombay, Kalkutta, Bangkok die Straßen des Prozessionsweges säumten, sich zur katholischen Marienverehrung bekennen wollten. Die Kommentatoren der Fátima-Pilgerreisen durch die Missionsländer haben die schöne Gelegenheit, in ihren Berichten die Motive solcher Verehrung säuberlich zu scheiden, meist unbenutzt gelassen und die ganze Huldigung nur aus der Perspektive ihrer eigenen katholischen Begeisterung dargestellt. Und doch sind gerade die tieferen Hintergründe der Marienverehrung bei den Nichtchristen nicht nur für die Religionswissenschaft, sondern auch für die Orientierung der Missionsarbeit von großer Bedeutung.

Im Falle der Fátima-Madonna sind einige Sondermotive der Verehrung durch die Nichtchristen vorweg zu behandeln. Da ist zunächst das Klima der seelischen Aufgewühltheit zu nennen, das die großen geistigen Erschütterungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, der Zusammenbruch des Kolonialismus, die Krise der alten Religionen im Zusammenstoß mit technischer Zivilisation, Säkularismus und Kommunismus, die permanente Gefahr einer kriegerischen Explosion auf Weltebene hervorriefen. In dieser Atmosphäre gesteigerten seelischen Erlebens wurden die Fátima-Pilgerfahrten durch die Länder der Farbigen als eine Botschaft aus der übersinnlichen Welt empfunden, die in den hinduistischen und buddhistischen Ländern um so bereitwilliger angenommen wurde, als sie von Haus aus entweder zum religiösen Synkretismus neigen oder religiös sehr duldsam sind. Zudem kam diese „weiße Madonna“, abseits aller politischen Hintergedanken und, trotz ihrer westlichen künstlerischen Gestaltung, abseits von allen Zielen eines westlichen Kulturimperialismus als eine erklärte Botschaft himmlischen Friedens. Warum sollte ihr in einer Welt, die leidenschaftlich den Frieden will, nicht auch die farbige Menschheit zujauchzen? Es ist sicherlich ein moralischer Gewinn für den Katholizismus, daß durch diese Aktion ihr Marienideal weithin bekannt wurde und daß die Botschaft himmlischen Friedens gerade durch das Medium der Fátima-Madonna bereite Herzen für religiöse Ideale erschloß.

Im mohammedanischen Kulturkreis kann im übrigen die herzliche Aufnahme der Fátima-Madonna (in Indonesien verbot der Episkopat die Rundreise aus Besorgnis vor einer ungünstigen Reaktion der Moslems) keine Verwunderung erregen. Die Worte „Maria“ und „Fátima“ haben für den Islam vertrauten Klang. Glauben doch die Moslems an die jungfräuliche Geburt des nach Mohammed größten Propheten, Aisas (Jesus), aus Mariam (Maria), die nach Mohammeds Tochter Fatima die heiligste und größte unter den Frauen ist, und bezeugt doch die Geschichte, daß anlässlich der Vertreibung der Mohammedaner aus Portugal die Tochter eines der letzten mohammedanischen Bürgermeister, Fatima, den Katholizismus annehmend, sich mit einem Portugiesen vermählte, der das Dorf in „Fátima“ umbenannte. Es ist eben jener Ort „Fátima“, der 1917 durch die Marienerscheinung bekannt wurde. Diese Tatsachen muß man zunächst sehen, um die Huldigung an die Fátima-Madonna im mohammedanischen

Kulturkreis zu verstehen. Eine andere Frage ist dann, ob Gottes Gnade im Islamapostolat nicht an solche Dinge anknüpfen kann. Es ist eine Lieblingsidee des bekannten amerikanischen Bischofs und Fernsehpredigers Fulton J. Sheen, daß die Missionare im Bereich des Islams in Zukunft in dem Maße erfolgreich sein werden, als sie dorthin die Verehrung U. L. Frau von Fátima bringen. Die Islam-Missionare kennen im übrigen zahllose Beispiele einer stillen Marienverehrung durch Mohammedaner, die auf Jahrhunderte zurückgeht.

#### *Der Zug zur Jungfrau und Mutter in den Religionen*

Religionsphilosophie und Vergleichende Religionswissenschaft befassen sich gerne mit den Erscheinungen von Kulturen in den nichtchristlichen Religionen, die ideenmäßig Ähnlichkeiten mit der Marienverehrung haben. Eine rationalistisch orientierte Religionswissenschaft zieht aus dem Vergleich der Religionen in dieser Hinsicht die Folgerung, daß das Christentum in seinem Marienkult keinen Einzigkeitsanspruch erheben kann bzw. nicht den Anspruch zu rechtfertigen vermag, die übernatürliche Offenbarung zu sein. Es gibt sicherlich einen allgemein-menschlichen Hintergrund der Marienverehrung, der begründet ist in der Beschaffenheit des menschlichen Gemüts und der Hilfsbedürftigkeit des Menschen (vgl. die Werke von K. Prümm SJ „Christentum und Neuheitserlebnis“ sowie „Der christliche Glaube und die antike Heidenwelt“), und die Mission kann bei der Einführung der Marienverehrung in den Missionen diese Gegebenheiten nicht außer acht lassen, muß sie vielmehr benutzen. Katholisches theologisches Denken weiß von der Macht der Muttergottheiten im Heidentum und spricht von der providentiellen Aufgabe Mariens in der Menschheitsgeschichte, die heilend und läuternd eine tiefe Menschheitsanlage ihrem wahren Ziel zuführt. Das Sehnen der Natur, das die Mythen von den Muttergottheiten entstehen ließ, findet seine Erfüllung in der Jungfrau-Mutter, die Gottesgebälerin werden durfte. „Unsere Liebe Frau ist das Ideal der versöhnten Natur und Gnade. Das Heimweh nach der Ganzheit findet in Maria seine Sinngebung: es gibt eine Kreatur, die voll der Gnade und daher ganz Gott erfüllt ist“ (P. Xavier Léon-Dufour in „Cahiers des Auxiliaires“, Brüssel, Nr. 3, 1954). Nur echtes katholisches geschichtstheologisches Denken vermag in allen diesen Fragen, die von großer Bedeutung für die Lösung der Akkommodationsfrage in einer Zeit sind, wo die farbigen Völker die religiösen Werte nicht mehr durch die westliche Brille sehen wollen, dem Missionar hier letzte Wegweisung zu geben. Die heidnischen Religionen stehen alle irgendwie im Weltadvent auf Christus hin und müssen in dieser Schau gesehen und gewertet werden. Es ist selbstverständlich, daß man Anknüpfungspunkte für die Marienverehrung nicht mit einer gewissen Manie suchen darf. Sie müssen sich zwanglos ergeben, und André Seumois OMI warnt in einem gut dokumentierten Aufsatz über „Maria und die Missionen“ (in „Prêtre et Mission“, Quebec, Oktober 1952) hier vor Übertreibungen. Man dürfe nicht gleich in den antiken Vestalinen die ersten Marienkinder sehen... Sicherlich aber liegt, vom Glauben aus gesehen, auch in den nichtchristlichen Religionen ein Zug zu Maria hin, der von der Gnade gewollt ist.



### *Sittliche Werte der Marienverehrung*

Das Bild der Mutter mit dem Kinde, das Bild der Schmerzensmutter und der Jungfrau ohne Makel üben auf das Seelenleben der Nichtchristen seit jeher einen stillen Zauber aus. Je nach dem religiösen Untergrund der Kulturen wird bald dieses, bald jenes Motiv der Mariendarstellung bevorzugt. Alle heidnischen Kulturen aber sind aufnahmefähig für die natürlichen sittlichen Werte, die das Bild Mariens ausstrahlt. Mit Marienbildern verschafften sich in der ersten neuzeitlichen Missionsperiode so manche Missionare Zutritt zu heidnischen Fürstenthöfen, Marienbilder findet man in heidnischen Gebieten Indiens, vom islamischen Kulturkreis ganz zu schweigen. Die konfuzianische Geisteswelt öffnet sich überraschend schnell dem Marienverständnis, weil sie auf der Ehrfurcht vor den Grundordnungen des sittlichen Lebens, vor allem der Familie, beruht. Als kurz nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima drei buddhistische Mönche den Jesuiten die Anregung zum Bau einer Friedenskirche gaben und diese den Plan einer Marienkirche entwickelten, erklärten die Bonzen: „Es freut uns, dies zu vernehmen. Nichts kann ja ein besseres Sinnbild des Friedens sein als das Herz einer Mutter.“ Die Marienheiligtümer in den Missionen haben zwar in erster Linie den Zweck, das Glaubensleben der Christen zu stärken und diesen, die in der Zerstreuung leben, das notwendige Gemeinschaftserlebnis zu geben. Aber sie wirken auch, besonders bei schöner Gestaltung der religiösen Feiern, außerordentlich anziehend auf die Nichtchristen, vor allem dann, wenn sie Frömmigkeitsformen entwickeln, die der natürlichen Seelenhaltung des betreffenden Volkes entsprechen. Die sittliche Erziehung seitens der Mission findet in den Werten, die das Leben Mariens darstellt, die allerbesten Stützen. Das gilt in hervorragendem Maße für die Mission unter den Primitiven. Durch die Marienlehre haben die Urwaldmissionare den Mann zur Achtung der Frau, ihrer Menschen- und Mutterwürde erzogen, die Eltern zur Hütung und Erziehung der Kinder und die Kinder zur Liebe und zum Gehorsam gegen ihre Eltern. Die pädagogischen Werte der Marienerziehung leuchten auch den Heiden ein. Sie haben oft darüber geschrieben. Unbedenklich geben deshalb Heiden und Mohammedaner in großer Zahl ihre Kinder in die katholischen Schulen. Die Steyler Missionare in Japan konnten vor dem Zweiten Weltkrieg eine Vereinigung für die weibliche Jugend gründen, die sich über ganz Japan ausdehnte. Während christliche Abteilungen dieser Vereinigung eine streng marianische Jugendbildung zum Ziele hatten, sammelten sich in der Abteilung für heidnische Jugend ganz spontan Tausende von Mädchen, die eine Charakterbildung nach dem Vorbild Mariens suchten. Der im Konzentrationslager verstorbene P. Kolbe gründete 1930 eine Marienzeitschrift in Japan, von deren 60 000 Abonnenten 40 000 heidnische Jugendliche waren. Die Legion Mariens findet in ihrer streng marianischen Ausrichtung heute bei der Jugend aller Missionsländer größtes Verständnis. Auch in der Sphäre des sittlichen Lebens bewährt sich in den Missionen der „Magnetismus“ der Marienverehrung.

### *Gefahren unkluger Methoden*

Der natürlichen Anziehungskraft der Marienverehrung in den Missionen stehen in einer heidnischen Umwelt bestimmte Gefahren gegenüber. Nur eine Christenheit, die von der katholischen Glaubenslehre über Maria ein rich-

tiges und klares Bild hat, kann dem Einbruch heidnischer Glaubensvorstellungen in ihren religiösen Lebensraum erfolgreich widerstehen. Es ist auch die Frage erörtert worden, ob man beim Beginn des Katechumenenunterrichts überhaupt von Maria sprechen soll. Da man aber Christus als den Erlöser nicht predigen kann, ohne von Maria zu reden, muß man die notwendigen Grundtatsachen des Glaubens hinsichtlich der Gottesmutter gleich am Anfang erklären, im übrigen aber mit Diskretion vorgehen, da sich ein volles Verständnis der hier in Frage kommenden Glaubensgeheimnisse erst einem entwickelten Christenleben erschließt. Da zuerst die Substanz dieses Christenlebens gesichert werden muß, ist es ferner pädagogisch höchst bedenklich, sofort eine ganze Anzahl vielleicht aus Europa oder Amerika mitgebrachter marianischer Devotionsformen einzuführen und damit die Gefahr heraufzubeschwören, die wir in manchen Gebieten Südamerikas, wo das Volk seit langem ohne gediegenen religiösen Unterricht lebt, beobachten, daß sich nämlich marianische Frömmigkeit an die Stelle der Christusfrömmigkeit setzt, statt auf sie hinzuführen.

Eine andere Gefahr besteht darin, daß man den Völkern der Missionen Formen der Marienverehrung vermittelt, die auf unserem Boden gewachsen sind, ihrer Psychologie aber nicht entsprechen. Auch Maria gehört allen Menschen, nicht etwa nur den lateinischen Völkern. P. Seumois formulierte dies sehr scharf in seinem oben angeführten Aufsatz: „Die Formen marianischer Frömmigkeit, an die wir Okzidentalen gewöhnt sind, entsprechen nicht unterschiedslos der Frömmigkeit und den religiösen Empfindungen aller ethnischen Temperamente. Es wäre ein Irrtum, sie für die vollkommensten und allein berechtigten zu halten. Im Laufe der letzten Jahrhunderte hat man zweifellos mit Eifer die Verehrung Mariens verbreitet, dies aber bisweilen zur Unzeit oder nach engen westlichen Voreingenommenheiten. Allzuoft hat man in die Missionen eine typisch koloniale Marienverehrung einzuführen verstanden. In unseren Zeiten muß aber jede Form des Kolonialismus unbarmherzig verschwinden.“

Damit ist nicht gesagt, daß alle westliche Frömmigkeit aus den Missionen zu verbannen ist. Die westliche Marienverehrung enthält universale Elemente, die durchaus in den Missionen verbreitet werden können. Aber man muß dies an Ort und Stelle in den Missionen sorgsam prüfen. Schließlich gibt uns die Abwehrhaltung der Missionschristen gegen eine allzu radikale Akkommodation hier einen Fingerzeig. Man will nicht abgesperrt werden vom Kulturleben der Gesamtkirche. Deshalb muß auch eine an die Verschiedenheit der Völker angepaßte Marienverehrung universalkirchliche Züge tragen, und nur ein solcher Marienkult kann die Heiden aus jedem Partikularismus heraus zu Maria, der geistlichen Mutter aller Menschen, führen.

Das hier Gesagte findet seine Anwendung auch in der künstlerischen Darstellung des Marienbildes. Wir haben in manchen Missionsländern gute einheimisch empfundene Mariendarstellungen, aber nicht in allen. Sehr zu bedauern ist, daß auch die Missionswelt mit Kitsch-Madonnen aller Art überflutet wurde, die nicht nur künstlerisch anfechtbar sind, sondern auch den Sentimentalismus einer hinter uns liegenden europäischen Kulturperiode bekunden, zu der es in den Missionsländern wirklich kein Analogon gibt. Diese Kunst hat auch den Geschmack der Christen verdorben. Heute noch zieht man



in Korea die sentimental Marienbildchen amerikani-  
scher oder französischer Herkunft jedem Versuch vor,  
ein lebensvolles Marienbild nach koreanischer Art zu ge-  
stalten (Freitag a. a. O. S. 286). Das Problem einer ein-  
heimischen Kunst in den Missionen ist dornig. Diese  
Kunst kann nicht „gemacht“ oder von außen provoziert  
werden. Sie muß aus den jungen Kirchen allmählich her-  
auswachsen. In einer Übergangszeit stehen die Missionare  
hier wirklich vor realen Schwierigkeiten, zumal echte  
Kunstwerke immer teuer sind. Aber es durfte nicht vor-  
kommen, daß am 21. November 1954 ein japanischer  
Gebildeter in einer der größten Zeitungen des Landes,  
der „Mainichi Shimbun“, erklärte, die Marienstatuen in  
den katholischen Kirchen lösten einen ästhetischen Schock  
aus und seien als „vom Weltgeist geprägte“ Geschmack-  
losigkeiten zu bewerten (vgl. „Missionary Bulletin“  
Tokyo 1, 1955). Hier hat auch die Christenheit in den  
Ausgangsländern der Mission eine Verantwortung. Da-  
mit kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betracht-  
ungen zurück.

#### *Aufgaben der marianischen Bewegungen*

In einer kritischen Stunde des Weltapostolats bergen sich  
die jungen Missionskirchen mit besonderer Innigkeit  
unter dem Schutzmantel Mariens. In unseren Zeiten ist  
in der alten Christenheit eine marianische Bewegung ent-  
standen, die nicht nur auf das Frömmigkeitsleben des  
einzelnen ausgerichtet ist und die auch die recht starken  
gefühlsbetonten Akzente des 19. Jahrhunderts abgelegt  
hat. Sie ist religiös-sozial, apostolisch, ekklesiologisch,  
männlich-kraftvoll geartet. Die Kundgebungen der  
Päpste zur Mariologie haben diese Tendenz machtvoll  
unterstrichen, indem sie Marias Wirken in der Kirche  
unter weltapostolischen Aspekten aufleuchten ließen.  
Diese modernen marianischen Bewegungen müssen sich  
nach dem Vorbild etwa der Legion Mariens der ganzen  
Weite des Apostolatsgedankens erschließen und ihn nicht  
naturwidrig auf das Heimatapostolat zurückbiegen wol-  
len. Apostolischer Geist und missionarischer Geist sind  
eins, mögen auch der Apostolatsfunktionen viele sein. Die  
marianische Aktion unserer Zeit will durch Maria zu  
Christus führen. Sie kann das nur wirksam bewerkstelligen,  
wenn sie das Erlösungswerk aus seiner Ganzheit  
heraus betrachtet und fördert. Die Missionen werden  
daraus in dreifacher Hinsicht Nutzen ziehen. Das maria-  
nische Beten der alten Christenheit wird ihnen neue über-  
natürliche Hilfen bringen; ihre eigene marianische Aktion  
wird in Verbindung mit der unsrigen gebracht und da-  
durch in jeder Weise gekräftigt; die Missionen können  
gewissen Gefahren, die der Entwicklung ihrer mariani-  
schen Frömmigkeit durch den Einfluß der nichtchristlichen  
Umwelt drohen, besser begegnen.

## Ökumenische Nachrichten

**Ökumenische  
Konzentration auf  
Asien und Afrika** Die Tagung des Exekutivausschusses  
des Weltrates der Kirchen, die Anfang  
Februar in dem anglikanischen Zen-  
trum Gilbulla bei Sidney, Australien, stattfand, hat keine  
Überraschungen gebracht, wohl aber eine Entscheidung  
über die Frage, wo im Jahre 1960 die dritte Vollversamm-  
lung des Weltrates stattfinden soll. Entgegen gewissen  
Hoffnungen, sie in Berlin abzuhalten, wurde Asien, und

zwar die Insel Ceylon, als Tagungsort gewählt. Diese  
Entscheidung bedarf aber noch der Bestätigung des  
Zentralausschusses, der vom 28. Juli bis 5. August in Buda-  
pest zusammentreten wird. In Gilbulla wurde u. a. eine  
einmütige Resolution zugunsten der vom Obersten ameri-  
kanischen Gerichtshof getroffenen Entscheidungen gegen  
Rassediskriminierungen in den Schulen der USA ange-  
nommen und die Geistlichen gelobt, die in dieser Frage  
mutig vorangegangen seien, vor allem auch der „National-  
rat der Kirchen Christi in USA“. Daß keine Kundgebung  
gegen die neue Verschärfung des Kirchenkampfes in der  
Ostzone erfolgte, ist sicherlich geschehen, um diese Lage  
nicht zu erschweren, vielleicht auch, um nicht Vermitt-  
lungsversuchen vorzugreifen, die wahrscheinlich von einer  
Delegation führender Persönlichkeiten des Nationalrates  
der amerikanischen Kirchen auf ihrer am 9. März begin-  
nenden Besuchsreise durch die Sowjetunion unternommen  
werden wird. An dieser Reise nehmen u. a. teil: Dr. Eu-  
gene Carson Blake, Präsident des Nationalrats, Bischof  
Henry Knox Sherill von der Protestantischen Episkopal-  
kirche (einer der 6 Präsidenten des Weltrates der Kir-  
chen) sowie der Präsident der Vereinigten Lutherischen  
Kirche in den USA und Vorsitzender des Zentralaus-  
schusses des Weltrates, Dr. Franklin Clark Fry. Das ist  
also eine gewichtige Delegation, mit der sich die bisher in  
die Sowjetunion gereisten Delegationen von Persönlich-  
keiten der EKD nicht messen können (vgl. Herder-Kor-  
respondenz 9. Jhg., S. 568 f.). Erst wenn diese Besuchs-  
reise abgeschlossen ist, wird man sagen können, ob sie den  
vom Weltrat im Herbst vorigen Jahres eingeleiteten Ver-  
such fördern konnte, die russisch-orthodoxe Kirche näher  
an den Weltrat heranzuziehen.

#### *„Die rücksichtslose katholische Konkurrenz“*

In Kreisen des Lutherischen Weltbundes mißt man nicht  
nur der lutherischen Zusammenkunft in Madras, Indien,  
anläßlich der Bischofseinführung des bisherigen General-  
sekretärs des Weltrates für Ostasien, Dr. Rajah Manikam,  
eine große Bedeutung bei, sondern vor allem der General-  
versammlung der lutherischen Afrikamissionen in Ma-  
rangu, Ostafrika (September 1955). Über beide Konferen-  
zen berichtet ausführlich die „Lutherische Rundschau“  
(5. Jhg. Heft 4, 1956). Unsere Missionare können aus die-  
sen Berichten bemerkenswerte Einzelheiten über die Lage  
in Afrika entnehmen. Für die allgemeine ökumenische  
Entwicklung zeigen die Berichte, wie sehr die Verhältnisse  
außerhalb Europas über den Lutherischen Weltbund  
ebenso wie über den Weltrat der Kirchen die innerdeutsche  
Spannung zur katholischen Kirche verschärfen können.  
Auf diese Imponderabilien wird meist nicht geachtet, wenn  
man auf direkten und isolierten interkonfessionellen Ge-  
sprächen in Deutschland besteht.

Einer der Teilnehmer der Konferenz von Marangu — wo  
übrigens auch Landesbischof D. Lilje und Dr. Franklin  
Cl. Fry anwesend waren —, der ehemalige Missionspro-  
fessor in Hamburg und jetzige lutherische Bischof von  
Lübeck, D. Heinrich Meyer, hat die Berichte über Ma-  
rangu in ihrer ökumenischen Bedeutung gewürdigt. Er  
schreibt u. a.: „Ein Charakteristikum der Konferenz war  
die Tatsache, daß in, neben und über dem Konferenz-  
programm die afrikanischen Delegierten ihre besonderen  
afrikanischen Sorgen und Wünsche mit denkbar größter  
Deutlichkeit zu Gehör brachten: Schulbildung auf noch  
breiterer Basis und in schneller, konsequenter Entwicklung